

Kampfbund

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Kampfbund“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Postgebühren. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berchtholdstr. 14. Tel.: 210 45 (Halle), 210 47 (Merseburg). Mit der „Kampfbund“-Zeitung: „Der Rote Stern“

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Donnerstag, 24. Dezember 1931 11. Jahrgang Nr. 243

Gehächte an die Generaldirektoren

Beheimtschreiben des Bechenverbandes: „Keine zwingende Notwendigkeit zum Abbau der Kielegehälter“

Während die neue Notverordnung die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten schrittweise senkt und die Summe der dadurch weniger ausgezahlten Löhne und Gehälter nach den Angaben des Preisenkungskommissars Goerdeler die Riesensumme von rund 4 Milliarden Mark erreichen wird, ist es jetzt bekannt, daß die Gehälter der Generaldirektoren, die viele hundertaussend Mark im Jahre verdienen, nicht gesenkt werden, weil die Brüning-Regierung für einen solchen Abbau „keine zwingende Notwendigkeit“ sieht.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht heute ein Rundschreiben des Bechenverbandes an die Generaldirektoren, das am Datum vom 19. Dezember 1931 trägt. Dieses Rundschreiben ist an die Herren Bergwerksdirektoren „gesendet und lautet:

„Auf Grund verschiedener an uns gerichteter Anfragen gestalten wir uns, Ihnen zwecks Klarstellung mitzuteilen, daß die außerordentlichen Beamten von den arbeitsrechtlichen Vorschriften im letzten Teil der Notverordnung vom 8. Dezember dieses Jahres nicht betroffen werden. In der amtlichen Bekanntmachung zur Notverordnung wird dazu folgendes ausgeführt:

„Von einem Eingreifen in die nicht tarifvertraglich, sondern lediglich im Einzelarbeitsvertrag geregelten Söhne und Gehälter hat die Verordnung abgesehen, weil hierzu nach der Auffassung der Reichsregierung keine zwingende Notwendigkeit besteht. Zur Abänderung dieser Entgeltregelungen wäre also gegebenenfalls auch den im übrigen geltenden gesetzlichen Vorschriften zu verfahren.“

Die Regelung der Bezüge der außerordentlichen Beamten bleibt somit den Bechen wie bei den bisher vorgenommenen Beschlüssen überlassen.

„Berichte noch zur rechten Zeit, damit nicht etwa die Zugestandenheiten der Bechen durch die Einführung der neuen Beamten beschnitten werden müssen, haben die Herren Bergwerksdirektoren die beruhigende Bescheinigung erhalten, daß die Brüning-Regierung den Abbau ihrer Kielegehälter nicht für nötig hält. Da es sich nicht ganz umsonst feststellen, wie hoch denn eigentlich die Gehälter außerordentlichen Beamten, das heißt der Direktoren und Generaldirektoren in der rheinisch-westfälischen Industrie sind, so verdienen:

Generaldirektor der Rhein.-Westf. Industrie	650 000 M.
Generaldirektor des Ruhr-Kohlenantrifts	400 000 M.
Direktor der Rhein.-Westf. Industrie	240 000 M.
Direktor des Stahlwerks-Verbandes	180 000 M.
Direktor der Krupp AG	120 000 M.

Herr Generaldirektor Goerdeler braucht sich also keine großen Haare darüber machen zu lassen, daß ihm etwa von seinen 400 000 Mark Jahresgehalt die 40 000 Mark abgezogen würden, die einem zehnprozentigen Gehaltsabbau entsprächen. So sieht das Weihnachtsgeld der Brüning-Regierung aus, für die denen jedoch nur eine Sorge kopfschmerzhaft macht, wie sie nämlich die Rückzahlung ihres Jahresverdienstes kein freies Spiel.

„Keine zwingende Notwendigkeit“ — jagt die Reichsregierung — besteht für den Abbau dieser Gehälter, weil man das, was man einparen will, ja viel bequemer durch den Lohnabbau erreicht.

15 Prozent Lohnabbau in der Stahlindustrie, 10 Prozent in der Breslauer Metallindustrie, 12 Prozent für die sächsischen Textilarbeiter und 8 Prozent für die Metallarbeiter Sachsens — das sind nur so einige konkrete Zahlen bei der Notverordnung.

Wie sieht es mit der „Notwendigkeit“ der deutschen Arbeiterklasse, daß sie bereit ist, weitere Opfer zu bringen?

In weissen Kamen darf der „Dorwärtz“ das schreiben? Der Klasseninstinkt der Generaldirektoren ist jedenfalls robust genug, nicht auf einen Pfenning ihrer Kielegehälter zu verzichten.

Sie sind die einzigen, die mit Recht für sich von der „gabenbringenden Weihnachtszeit“ sprechen können!

Aus dem heutigen Inhalt

Opfer der Notverordnung schreiben
Wie lebt der russische Bauer?
Enthüllungen über Hakenkreuzpest

„Weihnachten“ 1931!

de Halle, 24. Dezember.

Die Weihnachtsbescherung der deutschen Kapitalisten für die Arbeiter ist vorbereitet.

Die Leuna-Arbeiter wissen, daß ihnen 25 Prozent ihres Lohnes genommen werden. Die Kumpels in mitteldeutschen Braunkohlengruben sind rechtzeitig vor dem „Fest der Liebe“ davon unterrichtet worden, daß ihnen die Besitzer der Gruben 15 Prozent ihres Hungerlohnes abziehen wollen.

Die Mansfelder AG sieht bereits wieder in Verhandlungen über die Neuegelung der Löhne im Mansfelder Hutwerkland. Die Eisenbahner sollen einen zehnprozentigen Abzug erhalten.

Die Arbeiter wissen es, daß die Senkung der Löhne automatisch einen weiteren Abbau der Unterhaltungen nach sich ziehen muß.

Ueber diesem Gabentisch, auf dem auch die übrigen Schichten des Proletariats keineswegs vergehen werden, schwebt die Grünlings-„Engelsbrotzeit“ der vierten Notverordnung, schwebt der „Weihnachtsgeldbeschnitt“ des Generals Goerdner.

Notgemeinschaft des Volkes! Das ist das Schlagwort, mit dem man immer neue Opfer von den Millionenmassen des wertvollen Volkes verlangt. Wie viele Notgemeinschaften sind ausgebrochen, die die Ausgebeuteten und Unterdrückten gerade heute überzeugen durch das Rundschreiben eines der größten internationalen Arbeiterverbände, in welchem den Kapitalisten, die den Arbeitern die Weihnachtsbescherung des Lohnabbaus, den Dienstleistungen des Geldes gefeierten Glens und Hungers darbieten, die tröstliche Versicherung gegeben wird, daß ihr Einkommen nicht angefaßt werden soll.

Das ist die Lage nicht nur in Mitteldeutschland, sondern überall im Lande der Young-Haberer zu Weihnachten 1931.

Der „Kampfbund“ veröffentlichte vor wenigen Tagen die Löhne, die den in Mitteldeutschland bestbezahltesten

Aus dem Lande des Sozialismus

3,5 Millionen Strohbrigadler in der Sowjet-Union

Leut Bericht des Vorsitzenden des Gewerkschaftsrates, Genossen Schernick, stehen an der Spitze des sozialistischen Aufbaus 200 000 Strohbrigaden mit 3,5 Millionen Mitgliedern.

In den letzten 11 Monaten ist die Zahl der Werktätigen von 14 360 000 auf 17 879 000 gestiegen. Die Gewerkschaften umfassen rund 15 Millionen Mitglieder.

1850 neue Beschäftigten und 30 Häuser für sozialistische Kultur

Im Jahre 1932 wurden allein im Gebiet Swanowo 1850 neue Beschäftigten und 30 Häuser für sozialistische Kultur ins Leben gerufen. Die Zahl der Bibliotheken wird auf 516 erhöht. Jeder Dorfsozialist, jede große Kollektivwirtschaft oder Staatsgut erhält eine eigene Leihbibliothek. Außerdem werden alle Kollektivwirtschaften mit Radio und 600 Wandertinos versehen.

Das erste Sowjet-Kali

Im ersten Quartal des Jahres 1932 wird das erste Kalibergwerk in Solitama in der Proletarien übergeben. Das Bergwerk wird im Laufe des Jahres 1 Million Tonnen rohen Kalibergwerk liefern. Dreimal soviel als das revolutionäre Ausland eingeführt hatte.

„Weltwirtschaft total zerrüttet!“

Das Gutachten des Baseler Sonderausschusses — Anerkennung für Brüning

(Eig. Drahtm.) Berlin, 24. Dezember.

Wie erschien die amtliche Mitteilung über das Gutachten, das der Baseler Sonderausschuß gestern in seiner Abend-Sitzung angenommen hat. Das Gutachten ist nicht aus vier Kapiteln, das erste Kapitel ist ein bitteres Bild der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage Deutschlands und die letzten zwei Kapitel beschreiben.

Das zweite Kapitel werden die Weltwirtschaftskrisis in ihrer Ausprägung, Kollaps, Abwertung der Märkte, verschärft. Konjunktur, auf Grund der Abwertungsentwertung usw. handelt.

Das dritte Kapitel befaßt sich mit den Maßnahmen der Brüning-Regierung, die lobend anerkannt werden.

Das vierte Kapitel enthält schließlich Schlussfolgerungen, die Maßstab aus seinen Betrachtungen sind.

Der Ausschluß stellt fest, daß die deutschen Reparationsleistungen infolge des Fallens des Goldpreises tatsächlich um 10 Prozent gestiegen sind. Die gegenwärtige Lage zwingt zur Auffassung, daß Deutschland den geschätzten Teil der Reparationen nach Ablauf des Hoover-Moratoriums nicht zahlen kann. Die Krise habe so gewaltige Dimensionen angenommen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten Verbote weiterer Katastrophen sein würden, wenn nicht etwas geschehe. Die Lage erzieht ein „gemeinames Handeln“, das nur von den Verbunden ausgehen könne. Notwendig ist die „Auffassung“ internationalen Schulden (Reparations- und Kriegsschulden) an die zerrüttete Lage der Weltwirtschaft. Ferner seien

Schritte notwendig, um den „energiehellen Maßnahmen Brünings“ die nötige Wirkung zu sichern.

Protektstreit von Eisenbahnern

In der Bahnhofsmeierei 2 Gleis (Oberkasseler) ist die Besetzung unter Führung des roten Betriebsrates sehr aktiv und reagiert auf alle Verschlechterungen durch Protestaktionen, die hier als leuchtendes Beispiel für die übrigen Dienststellen des Bezirkes gelten. Dem roten Betriebsrat ist es auch dort gelungen, durch Wahl eines Kampfausschusses, in dem sowohl freigeschäftlich organisierte, wie offizielle und unorganisierte Kollegen vertreten sind, die proletarische Einheitsfront herzustellen. Am 17. Dezember mehrte die Reichsbahndirektion den Verfügenden des Betriebes, indem sie ihn kritisch entließ. Sofort trat die ganze Bahnhofsmeierei zusammen und beschloß einstimmig einen dreitägigen Protektstreit. Dieser Protektstreit wurde geschloffen durchgeführt.

Der Reichsminister Brüning und der Reichsparlamentarischer Goerdeler haben gestern eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Hindenburg gehabt.

allische Leuna-Arbeiter! Vergeßt nicht am Montag, dem 28. Dezember, 20 Uhr, die große Belegschaftsversammlung in Halle, „Gesellschaftshaus“. Thema: „25 Prozent Lohnabbau im Leuna-Werk.“ Gebt die Antwort!

Arbeiterkassen heute noch gekostet werden. Es sind Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes. Nach den neuen Lohnabzügen werden einem Chemiearbeiter bei vierzigstündiger Arbeitswoche und bei fünfköpfiger Familie nicht mehr wie günstigenfalls 12 bis 15 Mark für die Lebensunterhaltskosten seiner Familie verbleiben. Rechnet man dazu noch die weiten Entfernungen vom Wohnort bis zur Arbeitstätte, die in unserem mitteldeutschen Gebiet in den meisten Fällen auftreten, so ergibt sich ein erschütterndes Bild des Elends. Wie wollen gar nicht sprechen von den gelundscheidlichen Arbeitsbedingungen, denen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesetzt sind.

Das Chemiekapital verlor in der Stunde mit den Reformisten und den Brandleristen unter allen Umständen den Widerstand in immer größerer Erregung gegen den Chemiekapitalisten und einen Kampf unmöglich zu machen. Der Terror in den chemischen Großbetrieben Mitteldeutschlands verhielt sich gegen die KPD und vor allem auch gegen die roten Betriebsräte. Mit Methoden, die bisher nur in der amerikanischen Kapitalistenhölle üblich waren, werden die Führer des revolutionären Kampfes unabsichtlich gemacht. Eine Welle von Krawallen und Ausschreitungen, die sich hinter Scheinbarungen Stille und Ruhe verbergen, siehe Städtler, Fischer und Leuna — ist den Kampfplänen des Chemiekapitalisten wieder. Ganz besonders dieser letztere Umstand ist es, der immer wieder von den reformistischen und brandleristischen Saboteuren dazu benutzt wird, um jede Kampfpoorbereitung zu verhindern.

Dabei ist es interessant, festzustellen, daß beispielsweise im Städtlerwert Fischer jetzt noch eine Belegschaft von ungefähr 700 Mann vorhanden ist. Jetzt noch, also „nach erfolgter Stilllegung“.

Aber schon haben sich in zahlreichen Betrieben die Belegschaften für den Kampf ausgesprochen. Schon wächst die Erregung über den reformistischen Verrat, die Erkenntnis, daß die Gewerkschaftsführer niemals Kampfschlachten gegen den Lohnraub. Schon wächst eine Situation heran, in der die revolutionäre Arbeiterfront, in der die KPD nur die Führung zu übernehmen braucht, um den Kampf zu haben. Die Chemiearbeiter begreifen in überwiegender Mehrheit, daß die sozialdemokratischen, christlichen und bürgerlichen Gewerkschaftsführer keine andere Politik machen können, als die Parteien, denen sie angehörend, die die Kameradschaftspolitik Brünings unterstützen, die den Schäfer-Rißell, den Reichsarbeitsminister Siegerwald und die übrigen Leute stellen, denen sich das Kapital bedient, um die „Senkung der Gehaltsquoten“, wie das so schön heißt, durchzuführen.

Alles kommt jetzt darauf an, dieses richtige Erkennen des Kampfes zu weiten und zu führen zum richtigen Erkennen der Kampfmittele, die gegen ihn angewendet werden müssen.

Einmal waren die großen gewerkschaftlichen Organisationen, aufgebaut von den deutschen Arbeiterklasse im Laufe dieser Jahrzehnte, das Kampfmittele gegen den Kapitalismus. Sie sind es längst nicht mehr, sie werden von einer strampelnden Gewerkschaftsbürokratie gegen die Arbeiterklasse mißbraucht. Die Gewerkschaftsführer legen diese Organisationen der Arbeiterklasse zum Streikbreiten ein. Es wird auch den Brandleristen nicht gelingen, diese Taten zu verhindern. Schon mühen sie, die Balljäner, Sode u. Co., 3 immer verzweifelter, 3 immer gewagter Methoden der Wille greifen, um ihre Stellung zu halten. In Fischer erklären die Brandleristen: „Sie kämpfen auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführer, aber — die britische Gewerkschaftsführung mit die Rettung des Streiks haben“. So wie die Politik des „kleinen Übels“ unwirksam bis zu äußerster Konsequenz, also bis zu Hitler führen muß, so wird auf der anderen Seite die Verschleierung des Verrats immer schmerzlicher. Die bürgerlichen Chemiker werden nicht glauben, daß die Faust und Schaufel etwas anderes sind, als die Haupt und Urding.

Weihnachtsfeierstöße dürfen die Kampfpoorbereitungen des Proletariats nicht einschränken! Der Klassenkampf darf mit seiner Bedeutung damit nicht recht behalten. Proletarische Einheitsfront in jedem Betrieb. Das verpflichtet dazu, mit allen Chemiekapitalisten und -arbeitern in diesen Tagen unermüdet zu diskutieren, das verpflichtet dazu, die theoretische Schulung zu vertiefen, die Fragen der Zeit zu überlegen, das heißt, taten zusammenzufassen, nicht nur reden, sondern auch die Tat zu beeinflussen, das es uns erst mit der roten Einheitsfront gegen Hunger und Not, gegen den Kapitalismus und seine Helfershelfer!

Erfolgreiche Landarbeiterkreise

(Eig. Meldg.) Königsberg, 24. Dezember.

In Garzbenken, Kreis Neuhau (Dipreppen), wollte der Gutsherr einen Lohnabbau durchführen. Die Belegschaft wählte einen Kampfausschuß und legte die Arbeit nieder. Nach zehnwöchigem Streik zog der Gutsherr die Forderung auf Lohnabbau zurück.

Auf dem Gut Wittichstedt, ebenfalls in Dipreppen, wurden den Landarbeitern 10 Prozent vom Lohn abgezogen. Es wurde ein Kampfausschuß gewählt, der die Forderung auf Wiederherstellung des bisherigen Lohnes stellte. Die Gutsherrin mußte die Forderung bewilligen, keine Lohn mehr abzuziehen und den schon einseitigen Lohn ausbezahlen.

In Anten, Kreis Weichau verweigerte die Gutsherrin ebenfalls die Löhne zu kürzen. Da aber ein Kampfausschuß gewählt wurde, wagte die Gutsherrin nicht, den Lohnabbau durchzuführen.

Auf dem Gute Karlsberg trat die Belegschaft in Streik.

Auflösung des Bundes proletarischer Sozialisten

Am 20. Dezember fand in Wanneheim eine überfüllte Mitgliederversammlung des Bundes proletarischer Sozialisten statt, die zum Schritt des Genossen Eder, der lange dieses Amt innehatte und nun zur KPD übertrat, Stellung nahm. Genosse Eder sprach selbst in ihrer Verammlung für die rote Einheitsfront.

125 Mitglieder erklärten ihren Austritt, sehr kamen sofort zur KPD und Abwesenheit für die kommunistische „Kollektivität“ wurden unterzeichnet. Die Verammelten erklärten sich einmütig für die Liquidierung des Bundes in ganz Deutschland und für die Eingliederung aller staatenbewußten Mitglieder in die rote Einheitsfront.

In Weihenfels wurden in den letzten Tagen Hausdurchsuchungen durchgeführt, die bis auf einen Fall erfolglos verliefen sind.

Weihnachtsgeschenk der Braun-Severing-Regierung!

51 Millionen für die Kirche!

Kommunisten verlangen sofortige Aufhebung der Breiten-Notverordnungen

Die kommunistische Landtagsfraktion hat gestern einen Antrag eingebracht, der die sofortige Aufhebung der gestern erlassenen Notverordnungen des preussischen Staatsministeriums fordert.

Durch die neue preussische Notverordnung werden die Ausgaben für Theater, Kunsthallen u. a. sofort abgelehnt. Noch schlimmer ist es, daß der bisherige Zuschuß für Gewerbe- und Handelskünstler von 20 Mark auf 12 Mark herabgesetzt wird. Durch diese Maßnahme, durch die man 6 Millionen ersparen will, wird es Tausenden nicht mehr möglich sein, die Handlöhne zu bezahlen.

Den Gemeinden wird das bisherige gewerbliche Mittel für Volkskassen entzogen. Damit wird auch für viele Gemeinden der Neubau einer Volksschule unmöglich gemacht.

Von den Hunderten von Millionen Mark, die an Haus-

inspender eingehen, sollen nur noch 50 Millionen zur Förderung der Bauaktivität auf dem Gebiete der Wohnungswesen verwendet werden. Der Rest wird für den allgemeinen Finanzbedarf der preussischen Regierung verwendet.

Diese Notverordnung enthält aber die Bestimmung, daß die den Kirchen gewährten Mittel um 51 Millionen Mark vergrößert werden. Als Zuschüsse für die Befolgung der Pfarrer wird der evangelischen Kirche ein Betrag von über 36 Millionen und der katholischen Kirche ein Betrag von annähernd 15 Millionen Mark neu bewilligt.

Inselbesitzer die sozialdemokratischen Arbeiter können daran erkennen, welchen Karo die preussische Regierung, Demagogen überlegen für zur Kenntnis nehmen, daß der Sozietismus die Mittel zur Volksbildung und für Volksschulen ununterbrochen erhöht werden sind.

Hitlers Geheimdokumente

Die Hausdurchsuchung beim „Lee“ des Gefandten J. D. von Reichenu — Die „Damen“ dürfen keine Leibesvisitation unterzogen werden

Auf Schloß Rosenburg bei Weihenfels, dem Besitztum des Gefandten J. D. von Reichenu (siehe unten Bild), fand vor einigen Tagen eine Hausdurchsuchung statt. Über die Ergebnisse wird von amtlicher Seite bisher Schweigen bewahrt. Wie man erfährt, ist auf Schloß Rosenburg eine gewöhnliche Wohnung gefunden worden, die darauf schließen lassen, daß dort die geheime Korrespondenz des Braunen Hauses, Briefe von und an Hitler sowie geheime Dokumente verfaßt wurden.



Wie verlautet, wurden die auf dem Schloß aufbewahrten Schriftstücke, als die Polizei einzog, von mehreren der anwesenden weiblichen Gäste in den Kleiderschrank verpackt. Sie wurden nicht gefunden, weil die Polizei nur bei einer Leibesvisitation vornehmen, hingegen es aber unterlieh, die „damen“ durchsuchen zu dürfen, um zu durchsuchen, obwar zu diesem Zweck eigens eine Kriminalbeamtin mitgenommen worden war.

Unter den Briefen befindet sich ein Schreiben des Reichspräsidenten v. Hindenburg sowie mehrere Schreiben Hitlers an den Gefandten von Reichenu.

Ferner wurden Briefe gefunden, die eine Befälligung des Inhalts der Bogheimer Morddokumente ent-

halten und seinen Zweifel darüber lassen, daß diese Dokumente von der Reichsleitung der NSDAP begünstigt und auf ihre Initiative hin verfaßt wurden.

Als die Hausdurchsuchung stattfand, wurde auf Schloß Rosenburg gerade ein „Lee“ veranstaltet. Wer die Teilnehmer am „Lee“ waren, ist offiziell noch nicht bekanntgeworden. Wie man erfährt, handelt es sich durchaus um keine private Gesellschaft, sondern um eine unter diesem Deckmantel durchgeführte Sitzung prominenter Vertreter der NSDAP, in der neben politischen Fragen auch Aktionen a la Bogheim besprochen wurden.

Jetzt hat die baltische Staatsanwaltschaft eine Strafklage wegen Verdrähts der Vorbereitung des Hochverrats eingereicht.

Weihnachten bei der Post

10 000 Telegraphenarbeiter sollen entlassen werden

(Eig. Bericht) Berlin, 23. Dezember.

Die Reichspost beschließt, im Verlaufe mit dem neuen Jahreswoche für Woche neue große Entlohnungen durchzuführen. Schon im Januar sollen in 12 Oberpostdirektionen, darunter auch in Berlin, 2500 Postler entlassen werden. In Berlin allein im Januar, Februar und im März je 1000 Telegraphenarbeiter. Insgesamt sollen wöchentlich spätestens bis März bei den 4 Oberpostdirektionen im Deutschen Reich zusammen 10 000 Telegraphenarbeiter entlassen werden. Dies ist der dritte Teil der Entlohnungen. Der Reichspost heute beschäftigten Arbeiter, deren Gesamtzahl 33 000 beträgt.

Hitler verteidigt Borfigs Verbrechen

Borfigs Weite eine Folge der „Tributpolitik“? — Nein, des Ausbeutungssystems!

2800 Borfig-Verbrechen liegen auf der Straße und wollen nicht, als sie jemals wieder in den Lager Reich hinterlassen werden. Sie sind und auslöslich ist ihre Zukunft. 1200 Borfig-Verbrechen, die Jahr um Jahr sich ein paar Mark abgeholt haben verlieren ihre Spargeoiden, weil die Herren von Borfig struppellose die Wertpapierkäufe für ihre Spekulationen benutzten.

Über die Herren von Borfig befinden sich nie vor ihr Schloß, ihre Kurzsicht, ihre Blindheit und ihre Dummheit. Sie haben Millionen in den Bankrott führen. Nichts hindert sie, weiter ein heulendes Herrenleben zu führen.

Borfig war immer ein guter Zahler für die Nazis. Darum nimmt Hitler die Bankrotteure, die Tausende von Arbeitern ins Elend führen, jetzt auch in Schutz. Der „Borfigsche Beobachter“ vom 28. Dezember schreibt:

„So jetzt sich an diesen Beispielen immer wieder der tiefe naturgegebene Gegensatz zwischen dem schaffenden und dem raffenden Kapital... Das ist es, was die Juden nicht leiden können, diese Abzweigung gegen Finanzierungen,

Spekulationen, Transaktionen... Natürlich ist das Schicksal der Borfig-Werte ein Spiegelbild der deutschen Wirtschaftskrisis, des Erfüllungssystems, der Ausbeutung dieser zwölf Jahre sinnloser unretter Tributpolitik.“

Rein Borfig gegen die kapitalistische Ausbeutung! Rein Borfig gegen die Großkapitalisten Borfig, die nur mit Hilfe von Millionen Steuergeldern des „Erfüllungssystems“ sich nach über Bord halten konnten! Nicht die Tributpolitik hat Borfig „ausgehört“, denn auch Borfig verdiente sehr schön an den Sachleistungen. Borfigs Weite ist ein Zeichen des zusammenstürzenden kapitalistischen Systems.

Hitlers Verteidigung von Borfigs Verbrechen soll den Arbeitern und den Zugen streuen. Die Bankrotteure der Großkapitalisten müssen verhindern, daß die Arbeiter in der Weite Borfigs die wahre Ursache, das kapitalistische Ausbeutungssystem, erkennen. Hitler als Verteidiger von Borfigs Verbrechen — das wird vielen wertvollen Kampfanliegen die Zugen öffnen.

Gewerkschaftsführer fordern Kohlenzoll

Zehnenbarone, Zentrum und Gewerkschaftsführer in einer Front

Essen, 23. Dezember. In einer Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenzollrats wurde über den harten Ausbruch des Kohlenpreises berichtet. Westfälische ist eine Entladung von 2 000 Bergarbeiter nicht zu umgehen. Die englische Kohle infolge der Inflation in England um 40 Prozent billiger als die deutsche, wurde ein Kohlenzoll gegen die englische Kohle verlangt.

In das Horn der Zehnenbarone taten auch die Führer des reformistischen Bergarbeiterverbandes. An der Zeitung dieses Verbandes schreibt der Gewerkschaftsführer Köhler:

„Kohlenzölle können in diesem Fall in der Tat als ein notwendiges Übel erscheinen. Wenn der Kohlenzoll erhoben wird, dann soll nicht mehr Bergarbeiter entlassen und noch mehr Feiertage eingeleitet werden sollen, dann muß dieses Opfer gebracht werden.“

Diese Sätze stammen nicht von einem Synodus des Zehnenverbandes, sondern von einem Gewerkschaftsführer. Köhler stellt sich durchaus in eine Linie mit den Forderungen der Zehnenbarone. Bestimmend in diesem Zusammenhang ist, daß noch ferner die Zentrumsfraktion des preussischen Landtags beifolgt,

coentual ein Verbot für die Einfuhr englischer Kohle zu fordern.

Christliche und reformistische Gewerkschaftsführer belagern die Kohlenzoll der Schamfrage. Die Reformisten haben wieder einmal vom „kleinen Übel“, obwohl er in der letzten Resolution des Bundesausschusses des DGB erklärt wurde, die Gewerkschaften müßten Hochdruckzölle befehlen. Die DGB-Resolutionen nur Kohlenzoll sind, weiß jeder Arbeiter schon lange!

Wenn der geizharte Kohlenzoll vielleicht auch keine Erhöhung der Kohlenpreise bringen wird, so wird er unter allen Umständen für die Hochballung der Kohlenpreise sorgen. So führt der „Kampf“ der Gewerkschaftsführer gegen die „Preisrentung“ aus!

Aus Washington wird gemeldet, daß der Präsident Hoover den Motoratun, das er vor einem halben Jahre erließ, nach der Rettung durch den Kongress unterzeichnet habe.

Die französischen Sozisten sind bis auf 98 gelichtet. Ihre Jahrbuch betrug 100.

Ar. 24
Ad
S
RO
Die r
And
Zahlre
leben u
lands
den Fe
arbeiter,
Einbeis
tion M
Berhan,
Gene
dung
Ingh
wungsel
immer h
gehen m
se leben
Wir id
brüder
Wir is
mehr un
aufheben
Wir
Kapit
elend
die
Das
nierung
Jedes J
die Kap
brutaler
Für d
den Kom
Auf de
Einheits
in betrie
Die
Kamer
mit un
nicht un
in der G
mit ihm
1. Ju
in Fern
Gewerks
hlem, de
Unterneh
Mar a
Mordbl
tratte ab
2. Es
Während
10. Janu
die hie
ung und
Gebenst
— 3. Mar
g der U
heute lau
3. Den
Gewerks
arbeiters
sichte be
14. Mar
wurde m
auf die
beute e
gemäß
15. Fern
ber
des 26.9
5000 Ber
Was b
Jurid
107. Do
Gew
Koll
Wenn
Sparha
14. Jan
1. 30
18
Mort
Die
der
Gewerks
Die
Häufig
weder
Bei
10. Febr
10. Febr

Die Wahlen in Australien

Die besondere Bedeutung der Wahlen in Australien, über die wir bereits berichteten, liegt in der vornehmsten Wiederfrage, die die Labour-Party erlitten hat (früher 16 Mandate), und dem Sturz der letzten der sogenannten "Arbeiter"-Regierungen.

Die australische Labour-Regierung, die ebenso wie die im August gestürzte englische Arbeiterregierung als "Auge des trunkenen Kapitalismus" bedingte, erwies sich als vollkommen unfähig, die scharfe Wirtschaftskrise auch nur zu mildern. Die australischen Staatsfinanzen sind vollkommen bankrott, Industrie und Landwirtschaft liegen darnieder.

Die Wahlkämpfe, die Zoll- und Subventionsspektrum der Regierung zuziehen eine tiefergehende Kapitalflucht, eine Abkehr der Werktätigen von Reformismus hervor, die es der australischen Bourgeoisie in anbetrachter der verfallenen Krise ratlos erscheinen ließ, die Fingel der Regierung wieder selbst in die Hand zu nehmen und die Arbeiterpartei in die Opposition zu schicken. Der ehemalige Finanzminister der Scullin-Regierung, Dixon, bildete unter dem Namen "Vereinigte australische Partei" eine konservative-sozialistische Sammelpartei, die es durch geschicktes Auktieren von 37 Mandate zu erreichen (die frühere Nationalistische Partei besaß nur 15 Sitze). Dixon übernahm nunmehr die Bildung einer unmittelbaren Arbeiterregierung der Bourgeoisie, die bereits den Wahn sämtlicher Sozialisten und scharfe Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse angeknüpft hat.

Die Hermann-Müller-Regierung in Deutschland, das Labour-Kabinett in England, die Scullin-Regierung in Australien — alle diese sozialdemokratischen Kabinette, die die Rettung des Kapitalismus vor dem revolutionären Ansturm der Arbeitermassen auf ihre Fahnen geschrieben hatten, mußten abtreten, nachdem sie nicht die Kraft ihrer Reaktionen den Weg geebnet hatten. Ihr Bankrott ist der Bankrott der 1. Internationale.

Die junge kommunistische Partei Australiens hat während der Wahlkampagne eine klare Klassenpolitik verfolgt. Ein revolutionäres Wahlprogramm verbriefte einen schärfsten Erfolg. Die Anzahl ihrer Stimmen ist noch nicht bekannt. Dennoch hat nach einem Streik gegen den Lohnraub eine wahre Witterung solcher Arbeiter wahrnehmen, die der Sozialisten zuzustreben. In der sinnlich-karrierlichen Grenze werden täglich Tausende Arbeiter festgenommen, die in die Sowjetunion flüchten wollen.

Wölkermigration in die Sowjetunion!

Schweden, 22. Dezember. Die bürgerlichen Blätter bringen alarmierende Nachrichten über die sich häufenden Fälle des Uebertritts der Sowjetgrenze durch finnische Arbeiter. Das Organ der schwedischen Partei "Hauptstadt" schreibt in diesem Zusammenhang: "In den Grenzgebieten an der karolischen Landenge konnte man in den letzten Wochen eine wahre Wölkermigration solcher Arbeiter wahrnehmen, die der Sozialisten zuzustreben. In der sinnlich-karrierlichen Grenze werden täglich Tausende Arbeiter festgenommen, die in die Sowjetunion flüchten wollen."

Kurze Auslandsnachrichten

Ungarn wird heute ein Transfer-Moratorium auferlegt. Den Hunderttausenden von Mitgliedern der amerikanischen Eisenbahngesellschaften wurde eine Kündigung angekündigt, falls sie nicht mit einem Lohnabbau von 15 Prozent einverstanden erklären.

Aus Damaskus wird gemeldet, daß bei den schmerzlichen Verhandlungen vier Personen getötet und 50 verletzt wurden, Hundert Verletzte wurden verhaftet. Die Wahlen mußten verzögert werden.

ASCHARRER Der große Befruß

Fortsetzung. (Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.) Dann wartete er mit Wirkung seiner mit Pathos in den Saal schwebenden Worte ab. Er sah erfahren in der rednerischen Behandlung der "Masse", man sah es an seinem faunischen Lächeln. "Strolch!"

"Demagoge!"

„Sie lehnen das verdreherische Spiel verantwortungsloser Gemächte ab, weil mit noch ein Gemühen für das Proletariat drum. Aber ich will es Lump hinstellen zu lassen? Von diesen Lumpen? Nein! Da müssen die Karten aufgedeckt werden.“

Ein Herr von dreißigtägigen Mann, mit allen Zeichen hochtrabender Wästen ausgestattet, wartete an die Veranstaltung loszuschlagen. Dreißigtägigen Mann, nur in Berlin, und Berlin ist pingelig. Wollt ihr, daß ein Bombardement aus tausend Kören die Frauen und Kinder des Proletariats eröffnet wird? Wollt ihr mit eurem Dutzend Räuberhüllen den Kampf aufnehmen? Kann nur ein Narr wollen, oder ein — Verbrecher!“

„Du läugst! — Du Gauner! — Feiger Hund!“

„Gehe? — Gehe! — Gehe? — Da muß die ganze Wahrheit heraus.“

Er bemerkte, daß das Proletariat in verdrängten Städten Paraden der Kommunisten gefolgt wäre. Als aber die Reichsgewalt die gemühten Anliege konnte, Frauen und Kinder zuzumenschießen, sei von den Reichshelden keiner mehr zu sehen. Er erinnerte Orte, nannte Zahlen, berichtete Einzelheiten. „Hüte dich! — Du behauptest: Dasu bin ich zu feige! Aber ich nicht nicht auf diesen traurigen Mut!“

Unter dem neu einbrechenden Tumult ermahnte er noch einmal, zu Parteiträgerin des Sozialismus zu UCB zu gehen, die ihre Parolen zu befolgen. Denn das ist er: „Das revolutionäre Proletariat: es lebe hoch! hoch! hoch! und drehte sich um. Der Wölkermigration bedürfte dann:“

Das höchste Regierungsorgan der Sowjetmacht tagt

Die Eröffnung der Tagung des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion

Moskau, 23. Dezember. (Tschefchosbericht unserer W.-Korrespondenten.) An der Reihe des dritten Jahres des sozialistischen Fünfjahresplanes wurde gestern Abend die Tagung des Zentral-Exekutiv-Komitees der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken, die Regierungstagung der ersten proletarischen Macht der Erde, eröffnet.

Im ersten Andreev-Saal haben sich die Vertreter des Proletariats und der werktätigen Bauernschaft zu vielen Hunderten eingefunden, um Beisitzung von weitgehender Bedeutung für das Proletariat der ganzen Welt zu fassen.

Seine eleganten Minister im Frack, sondern Arbeiter und Bauern sind hier bejammert, Vergleiche aus dem Donesk, Metallarbeiter aus dem Ural, aus Sibirien, Transportarbeiter aus allen Teilen der Sowjetunion, Textilarbeiterinnen, Kollektivbauern und -bäuerinnen mit ihren farbigen Kopftüchern, ihren bunten Bauerntrachten, Notarmen und Matrosen, Vertreter des Nationalitätenrates: Turkmene, Ukrainer, Weiß-

russen, Kaufleute und die übrigen autonomen Nationen als Vertreter freier Völker im Bunde der freien Sowjetunion.

Am Vorsitzendlichen haben die Vorsitzenden der verschiedenen Nationalitäten und der Nat der Volkskommisaren Platz genommen. In den hinteren Reihen und der gewaltigen Reihe des angrenzenden Saales sitzen Kopf an Kopf gedrängt die Arbeiter der Betriebe der Sowjetrepubliken, Kollektivbauern, die als Delegierte gewählt wurden.

Unter stürmischen Beifall eröffnet der Genosse Wlasow die Tagung der Vorsitzenden der ukrainischen nationalen Sowjetrepublik, die Tagung. Während seiner Rede berührt Genosse Stalin, dem die Verammlung eine minutenlange Ovation darbringen, den Saal.

Sobann ergriff Genosse Molotow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, mit stürmischen Beifall begrüßt, das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung: Kontrolle der Volkswirtschaft der Sowjetunion für das Jahr 1932.

Rettung der Kanonenkönige

Der Krieg im Fernen Osten als letztes Geschäft — Ein bürgerliches Eingekändnis

Die Rüstungsindustrie der imperialistischen Großmächte bedeutet der Krieg im Fernen Osten ein letztes Geschäft. Die Heimgewinne und Dividenden der kanonengewinnenden Kapitalisten auf, die sich entschlüsseln eine der Triebfedern für die freigewerbliche Rolle des Völkerbundes im japanisch-chinesischen Konflikt.

In diesem Zusammenhang veröffentlicht die großkapitalistische „Berliner Börsen-Zeitung“ in ihrer Nummer 592 vom 22. Dezember einen Artikel, der mit jünger Offenheit die Profitinteressen der Kriegsgewinnindustrie aufdeckt:

Das Blatt schreibt u. a.: „Es war im August 1928, daß man in dem berühmten Uhernsaal des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay den

Kriegs-Pakt unterzeichnete, der befaßtlich den Krieg als Werkzeug nationaler Politik festsetzt. Amle des Schlußs — kaum drei Jahre später gelang Verhandlungen des Völkerbundes zum gleichen Ort, daß sich der Krieg nicht bannen läßt, denn das, worüber man verhandelte, war ja im Grunde genommen bereits Krieg, was man schließlich nach wochenlangen Verhandlungen in Gestalt der letzten Entschließung des Völkerbundes fertig brachte, legten Überein daß nichts anderes als die Sanktionierung von Verhältnissen, für die es eine andere Bezeichnung als „Krieg“ eben nicht gibt.

Die Verhältnisse in der Mandchurei bleiben nicht nur, wie sie waren, sie werden auch, unbeachtet durch den Völkerbundesrat, ihren weiteren Lauf nehmen. Dem Völkerbund ist es auch diesmal wieder nicht gelungen, den japanisch-chinesischen Konflikt beizulegen oder auch nur einen gangbaren Weg hierfür zu finden. Nicht, daß die Haltung der Konfliktmächte dies verhindert hätte. Der wahre Grund ist ein anderer — es ist der Krieg zwischen Kollaborat und heute noch nicht nur ein Werktag der nationalen, sondern auch der internationalen Politik, weil er, um es ganz froh auszudrücken, auch Geschäft ist. Er bindet auf der einen und gibt Bewegungsfreiheit auf der anderen Seite.

Noch wichtiger aber ist der Verdienst, den er den großen Rüstungsindustriellen bringt. Reingewinne von 26 Millionen Franken bei Schneider-Creuzot und 68,8 Millionen bei Hotchkiss, bei Stoda (siehe Die Dindenden von 20 Prozent bei 2000 und 28,8 Prozent bei Leichter, wie sie der neueste Geschäftsbericht bezeugt: Konjunktur für das vergangene Jahr aufgeblüht, sich eben noch nicht genug. In Ostasien lebt aber ergeben sich aus dem chinesischen Vorkrieg japanischer Waren nicht zu unterschätzender Chancen.

Was gelten dagegen Kollaborat und Prestige des Völkerbundes, besonders wenn das, was sich jetzt in der Mandchurei abspielt, nach dem die Möglichkeit bietet, Präzedenzfälle zu schaffen, die es einmal im Vorkrieg sein können. Es ist begreifbar, daß der Kollaborat ausgetrieben dort abzieht, mo er begonnen — im Uhernsaal am Quai d'Orsay, aus dem noch niemals Frieden, um so öfter aber der Krieg kam.“

Mandchurei in Japans Klauen

Moskau, 23. Dezember. Eine Konferenz aller nach dem japanischen Einmarsch eingeklinkten neuen Völkerrégierungen der Mandchurei hat beschlossen, eine „unabhängige liberale mandchurische Republik“ von Japans Klauen zu proklamieren.

Die japanischen Truppen legen ihren Vorkriegsstand nach Kinnich an. Die Stadt Jiamusi, die etwa 100.000 Einwohner hat, wurde eingenommen. Rüdlich von Jiamusi ist eine Schlacht im Gange, bei der die Japaner schwere Artillerie eingesetzt haben. Die Kantoner Regierung hat beim französischen Konsul einen offiziellen Protestschritt wegen der Ueberkreuzung der chinesischen Grenze durch französische Truppen unternommen. Chinesische Zeitungen betonen, daß die französischen Truppenbewegungen in China nach einem französisch-japanischen Geheimabkommen über die Aufteilung Chinas erfolgen.

Die chinesischen Studentenorganisationen haben einen einseitigen Protestschritt gegen den japanischen Raubzug vorgeschlagen.

an die ersten Wagen. Die waren aufgerissen, durchwühlt, nach der Lager von lachenden Wäldern, die ihr Leben aufs Spiel setzten für ein Stück Speck, ein Brot, einen Satz Kartoffeln. Er sah an dem langen Zug hin und rief:

„Hilf!“

„Bist du Süßhannig geworden? Denkst wohl, du bist auf dem Jagdmarkt?“ rief einer aus dem Wagen.

„Hilf!“

„Da padde ich einer noch hinten. Es war der junge Wiegmann, von Barnds V. Er hilfterte: „Hilf die oben über die Wälder fort.“ — Mit dem Rudel. — „Ist bestimmt schon zu Hause.“ — Hier! — Los!“

Albert rannte den Dampf hinunter, blieb aber unten stehen. Wiegmann warf ihm einen Satz Kartoffeln nach. Dann sprang auch er hinunter.

Wiegmann zog seinen Mantel aus und hingte sich einen Schinken über die Schulter. Albert mußte den Schinken auf dem Rücken Wiegmanns am Leibriemen festbinden. In eine große Wälder ließ Wiegmann mit einem Schweißbecken ein Loch und dann die ebenfalls am Leibriemen fest.

„Nimm die Kartoffeln!“ lagte er dann zu Albert.

Albert nahm den Kartoffel.

Er mußte, daß Margot seit Tagen fast nichts gegessen hatte. Er mußte, warum Erich des Nachts nicht nach Hause kam. Er schämte sich, als Hilde zweimal einen Beutel Korn brachte und mußte, daß sie bei Wiegmann darum gebittelt hatte. Er mußte, daß Hilde für Mutter und ihn und Herbert hätte, obgleich Mutter es ihr verboten hatte. Er hatte Herbert dabei ertrampelt, wie dieser hinter der Straße einen gelblichen Kanten Brot verzehrte und konnte kein Wort sagen, als er in das verhangene Gesicht seines Kindes sah. Er hatte ohne Bedenken die Suppe von dem geliebten Korn gegessen.

— „Brahm, Brahman frz — bloß!“

„Los!“

Sie tannen unbeachtet nach Hause. Eine Stunde später lagen sie am den Tisch und aßen Schinken und Kartoffeln. Hilde pönsierte: „Na, Schmidt's Mutter?“

Mutter lachte milde. „Hoffentlich kommt Erich die Nacht,“ lagte sie dann. „Das gefällt mir gar nicht, daß der Junge so einfach fortzieht.“

(Fortsetzung folgt.)

„Die Versammlung ist geschlossen!“ —

„Der Lump hat bewußt gelogen.“ — Das wollte er nur, die Proleten einschüchtern. — Ganz UCB!“

„Warum macht ihr denn den Schnabel nicht auf?“

„Habt ihr denn nicht gemerkt, daß es von Anfang an darauf angelegt war, die Aktion abzumünzen? Warum sie die Versammlung kurzerhand geschlossen haben?“

Albert hörte schweigend diesen Streit. In der Frankfurter Allee blieb er mit ihm gehende Trupp vor einem frisch geliebten Plakat stehen. Einer der Lebenden plakte los:

„Da bleibt einem natürlich die Spunde weg! — Aber mit den bämlichen Proleten können sie's ja machen!“ Er schob sich aus dem Knäuel, das sich um einen Knäufel der alten Regierung drängte. Er lautete:

„Stieg des Volkes!“

Das Rapp-Unterwies-Abenteuer ist dank der entschlossenen Abwehr der Arbeiterklasse restlos in sich zusammengebrochen. Der Ansturm der Reaktion ist abgewehrt.

Damit ist das Ziel des Wölkermigrations erreicht. Wir fordern euch auf, genau ja geschlossen, mit ihr unferm Auf gelagert, daß der verdreherischen Plan der Reaktion durch den Generalkomitee gestoppt zu machen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es lebe die Demokratie.

★

Eine Schuppenpatrouille forderte auf, weiterzugehen. Ueber dem Güterbahnhof Friedrichstraße planten Schruppen.

Als Albert in die Nähe der Baracks kam, war es schon dämmerig. Von der Bahn her sah er Männer und Frauen kommen mit Säcken auf dem Rücken, mit Handtaschen, Körben, Paketen. Als er in die Barade trat, fragte Margot:

„Ist Hilde nicht mit dir gewesen?“

„Hilf? Nein! Ist sie nicht hier?“

„Doch! Wo's mit doch! Herrgott! — Hör' doch, wie sie schreien! Ich habe Angst, sie ist —?“

Albert verlieh wortlos die Straße, rannte durch die Lauben, am Bahndamm entlang, vorbei an den Frauen und Männern und Kindern, die Kartoffeln, Korn und Mehl mit sich schleppten. „Bam! Bam! Bam!“ — Bluff — Blaffen — Brah häh! Eine Ladung um die andere prasselte über Straßen und Häuser. Albert warf sich gedohnetsmäßig hinter einen Baum, sprang wieder auf, vorbei an liegendegebliebenen Säcken, Bündeln, Paketen, bis

Michael
Markt
Wäsche
Geräte
Konditorei
Kranz
Kette
Sonder
Seiden

Adresse an alle Gruben und Schächte

Schafft die rote Einheit im Bergbau!

Offener Brief an die Kollegen in den reformistischen, christlichen, Nirsch-Dunckerschen und anderen reaktionären Gewerkschaften! An alle Betriebsräte, sozialdemokratische Arbeiter und Funktionäre in den mitteldeutschen Bergbaurevieren!

Kameraden, Klassengenossen!

Die roten Betriebsräte im Bergbau sowie die aus dem Bergbau-Industriearbeiterverband ausgeschlossenen Kameraden der schillernden Leuchner, Mulisch, Gröben, Schraplau und Wansleben und die zum roten Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands bereits übergetretenen Kameraden, die zu Tausenden aus den Betrieben des Bergbaus auf die Straße rationalisierten Bergarbeiter, die als Erwerbslose teils unter der Führung der roten Einheitsfrontorgane stehen, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Mitteldeutschlands sowie die Leitung der Industriegruppe Bergbau, sie alle appellieren an euch und rufen auf zur Generalabmahnung der Gruben und Schächte, zur Bildung der roten Einheitsfront gegen Lohnabbau und Antifaschismus!

Ungeheuer sind die Auswirkungen des fortgeschrittenen Rezessionsabwärtens der Bourgeoisie. Allen uns mit der Strotzformel höher gehängt. Sozialdemokratische Kaffee, eure Führer gehen mit Bünnis. Sie gehen gegen uns, sie gehen gegen euch, sie stehen in der Einheitsfront der herrschenden Klasse!

Wir schmieden die Einheitsfront der Ausgebeuteten und Unterdrückten! Wir sind nicht eure Feinde, sind es nie gewesen, laßt euch nicht von den sozialdemokratischen und den Gewerkschaftsführern täuschen.

Wir wollen mit euch gemeinsam gegen die Profittäter der Kapitalisten, gegen Lohnabbau und wachsenden Massenelend kämpfen, wir wollen mit euch treten machen gegen die Faschisten, die die Betriebe zu Fabriken gebent!

Das „kleinere Uebel“ das eure Führer durch die Brünning-Tolerierung predigen, seht sich immer öftener als ein größere Uebel! Das „kleinere Uebel“ wird durch die Angriffe der Unternehmern heißt der kapitalistischen Ausbeuter noch ermutigen, noch härter, noch brutaler gegen uns vorzugehen.

Nur die rote Einheitsfront kann helfen! Bereits zeigen sich in den Bergbaubetrieben die Erfolge des gemeinsamen Handelns der kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter. Auf der Grundlage „Eigentümlich“ verbindet die Bildung der roten Einheitsfront unter Führung der roten Betriebsräte den geplanten betrieblichen Lohnabbau!

Diese einseitige Kampfrichtung gilt es in allen Betrieben zu durchsetzen. Kameraden, wir fordern euch auf, mit uns nachfolgende Entschlüsse zu diskutieren:

1. In dem achtjährigen Streik der Bergarbeiter 1927 wurden Pfennige Zulage pro Schicht bewilligt. Durch das von den Gewerkschaftsführern gebildete Gedränge, Abfordern und Prämiensystem, das nicht in Tarifverträgen festgelegt war, sog aber der Unternehmer nicht nur 60 Pfennige pro Schicht, sondern teilweise 1 Mark ab. Die Forderung der Opposition, die Prämien und die Abordnungen als Ersatzzulage festzulegen, wurde von der Bürokratie abgelehnt.

2. Es ging bis zum heutigen Tage in derselben Linie weiter. Während der Durchschnitts-Tariflohn in den Kernrevieren am 1. Januar 1927 3,80 Mark pro Schicht betrug, erhöhte sich derselbe bis zum 17. Mai 1931 auf 4,40 Mark. Um die Rationalisierung und Technisierung schneller durchzuführen, schloß die Unternehmung am 2. März täglich, bei jeder 2te oder 25-Pfennig-Tariflohnzulage der Unternehmung aber die überarbeitsfähigen Löhne ab, so daß kein Arbeiter mehr den blauen Tariflohn genoh!

3. Den schlimmsten Verrat an den Bergarbeitern beging die Gewerkschaftsbürokratie im Mai 1931 in einer Bergbau-Industrie-Beiratskonferenz in Leipzig. Dort ließen sie 423 gegen 3 Delegierte beschließen, daß die Schichtlöhne außer Kraft und ab 1. Mai 1931 die Stundenlöhne in Kraft treten. Diese Maßnahme wurde mit einer halbbrüchigen Arbeitseinstellung begründet, die dafür 5000 erkrankte Bergarbeiter neu einstellte. Das besaß eine Lohnabbau von 45 Pfennig pro Schicht, was den Bergarbeitern die Reallohnabnahme von 18 Prozent oder 82 Pfennig pro Schicht, der Bergarbeiter aber 32 Prozent Lohnabbau von ihrem Hungerlohn operieren mußte! Nicht 1000 Bergarbeiter wurden neu eingestellt, sondern 7000 entlassen!

Das bringen euch und uns die Lohnabbau-Entscheidungen?

Zurückverlegung auf den Stand der Hungerlöhne des Jahres 1927. Demals verdiente in Mitteldeutschland ein Bergarbeiter pro Jahr in der Braunkohle 1084 Mark, im Steinkohle 1183 Mark, im Erzbergbau 1078 Mark.

Wenn das Leipziger Lohnabbau-Entscheidungen vom Mai 1931 den Bergarbeitern den Durchschnitts-Tariflohn auf 6,04 pro Arbeitseinstellung, wird jetzt mit Hilfe der Notverordnung ein Tagelohn 1. Januar 1932 ausgeben:

Früher gezahlt 6,04 Mark
Notverordnung 15 Prozent Abzug 0,90 Mark
5,14 Mark

beweisen, neuer Abbau angebroht. Der Tariflohn beträgt jetzt 5,40 Mark in der Spitze, 1927 4,95 Mark, so daß ein Lohnabbau pro Schicht von 45 Pfennigen eintritt.

Der Dreihundert-Regierung, Gewerkschaftsbesonen eine Grubenbarone, befindet sich auf dem besten Wege.

den Lohn der Bergarbeiter auf den Stand von 1845, wie das die Herrenbarone im Ruhrgebiet fordern, herabzusetzen!

Ungeheure Verschlechterungen treten in der Sozialversicherung ein. Abbau an den Krankenbeihilgen. Das Taschengeld von 40 Pfennig für Ledige wird beileidet. Das trifft hauptsächlich die jugendlichen Bergarbeiter in den Krankenbüchsen.

An der Familienrentenrente werden nur 13 Wochen zugelassen und nur 50 Prozent der Kosten für Arzenei von der Kasse zurück-erstattet.

Die Renten werden bis zu 20prozentiger Erwerbsunfähigkeit gestrichelt!

Die Unfallverletzten bekommen jetzt erst vom vierten Tage an Krankengeld!

Die 100prozentige Aufrechnung der Unfallrente auf die Knappschaftsrenten erfolgt!

Betriebsratswahlen werden im Jahr 1932 nicht durchgeführt, auf Wunsch der Gewerkschaftsbürokratie!

Kameraden! SPD-Arbeiter! Das ist nur ein Auszug aus der Notverordnung!

Die Hauptpflicht dieser Kapitalistenfrage ist die SPD und ADGB-Führer. Ohne Loterierungslohn, ohne Politik des „kleineren Übels“ wären die Notverordnungen unmöglich. Die Bürokraten

haben im Reichsgewerkschaftsbeitrag in trauter Gemeinschaft mit dem Volksfeinde geflossen, wo die Beiläufige der Notverordnung geflossen wurden.

Die ADGB-Führer fordern die Bereinigung der ADGB-Gewerkschaften bis zu den christlichen, sächsisch-Dunckerischen und deutschland-nationalen Gewerkschaften, was eine weitere Falschführung der Gewerkschaften bedeutet, die vollständige Liquidierung der freien Gewerkschaften auf der Basis der bedingungslosen Verteidigung der faschistischen Kapitalistokratie!

Klassengenossen!

Kämpft ihr zu all den hier aufgezählten Auswirkungen die Politik der Führer noch verteidigen?

Wir wollen, daß auch ihr gegen diesen Kurs seid. Immer habt ihr gehofft, es kann nicht so weiter gehen. Von neuem müßt ihr betrogen und hinterlistig mit unierer Waage- und Waagenkunst. Jetzt endlich macht Schluß mit den Lohnabbauverordnungen der SPD und des ADGB!

Kämpft mit uns für unsere und eure Forderungen! Organisiert mit uns die rote Einheitsfront in den Betrieben. Betanlag, daß die ausgefallenen Kameraden in von euch einberufenen Gewerkschafts-versammlungen sprechen können.

Gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen den Faschismus schmiedet die rote Einheitsfront in allen Gruben und Schächten!

Die roten Betriebsräte der mitteldeutschen Bergreviere. Die Kameraden der ausgefallenen Zäufelchen Mulisch, Leuchner, Gröben und Schraplau. Die Industriegruppenleitung der RGO, Bergbau. Die Bezirks- und örtlichen Erwerbslosenräte.

Das ist die Frage der Giftkönige

Beispiellose zynische Eingeküßnisse eines IG-Syndikats — Eine einzige Mahnung zur roten Einheit

„Die IG Farbenindustrie ist gezwungen, die Rationalisierung in ihren Betrieben rücksichtslos durchzuführen. Sie muß Konkurrenzfähig bleiben. Sie läßt sich von niemandem Vorschriften machen, wieweil Arbeiter in den einzelnen Betrieben beschäftigt werden und wieweil nicht beschäftigt werden. Die Generaldirektion betont, daß von dem § 125, Abs. 1, der Gewerbeordnung jetzt rücksichtslos Gebrauch gemacht wird. Wenn jemand krank ist, dann kann er nach 14 Tagen oder drei Wochen entlassen werden. Das Gesetz gibt die Möglichkeit zur Neubesetzung solcher Arbeitsplätze, die durch Krankheit der Inhaber in Mitleidenschaft gezogen werden.“

(Der Rechtsberater Dr. Winkler, Syndikus der IG Farben für die Bitterfelder und Wolfener Werke vor dem Bitterfelder Arbeitsgericht.)

Chemiearbeiter und Angestellte!

Diese brutalen Ausschreitungen, die die Ausbeutertrage der Chemiegewaltigen in aller Deutlichkeit zeigen, sind eine einzige Mahnung zur Schaffung der roten Einheit. Jede Hand soll die IG für weitere Ausschreitungen. Der Einzelne soll es nicht mehr wagen, sich freudig zu melden, er soll bis zum völligen Zusammenbruch in den Giftkassernen schäufen, dann tritt ein anderer an seine Stelle. Die Proletarierklasse sind für die Giftkönige nichts anderes als Ausbeutungsmaterial. Auf Tarifrecht und auf soziale

Bestimmungen spielen die Profittäter. Sie haben im höchsten Maße ein mitleidiges Erbarmen für die Gewerkschaftsführer, die aus demagogischen Gründen immer mal darauf hinweisen. Nur die rote Einheit kann helfen!

Kämpft auch noch die sogenannten Feiertage zur Vorbereitung der Chemiefestungen am 27. Dezember in Halle aus. Sucht die sozialdemokratischen, die parteilosen Arbeiter auf, macht Stabesbesprechungen, entsendet weitere Delegierte.

Nur die rote Einheit führt zum Siege!

Internationale Wirtschaftskämpfe

Belgien

Nach einem achtjährigen Kampf wurde der Streik der 1200 Tarifarbeiter von Gent durch die reformistischen Führer abgewirkt. Die Gewerkschaft verweigerte die Auszahlung jeglicher Streitunterstützung.

Die Schlichtungskommission für die Maschinenindustrie hat eine Herabsetzung der Löhne um 5 Prozent anstatt der von den Unternehmern geforderten 10prozentigen Vorkürzung vorgeschlagen. Dieser fünfprozentige Lohnabbau soll in zwei Stappen durchgeführt werden. Die reformistischen Bürokraten haben diesen Vorschlag angenommen.

In der Provinz Hainaut beschloßen mehrere Firmen der Maschinenbauindustrie, ihre Produktion aus Übersee zu verlagern. Zwei Betriebe haben ihre Tore vollständig geschlossen. Gleichzeitig geht man dazu über, die ausländischen Arbeiter massenweise zu entlassen.

Nicht alle Betriebe der in Preußen konzentrierten Handwerksindustrie wurden geschlossen, da früher 50 Prozent ihrer gesamten Handwerksproduktion nach England ausgeführt wurden.

Kumänien

Dieser Tage wiederholten sich die Kundgebungen der Bräutigam-angestellten gegen die beschäufigte Kürzung ihrer Bezüge. Tausende Angestellte zogen auf die Straße mit der Absicht, vor dem Parlamentsgebäude zu demonstrieren. Die Gewerkschaft hieb auf sie mit blauer Waffe ein und vertrieb sie aus der Umgebung des Parlamentsgebäudes. Zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Tschchoslowakei

An der Flugzeugfabrik „Avio“ in Prag kam es zu einem Demonstrationstreik, der die Einführung einer neuen Arbeitsordnung zur Ursache hatte. Nach dieser Arbeitsordnung wird den Arbeitern das Lesen von Zeitungen auch in der Mittagspause verboten. Auch politische Unterhaltungen werden bei Anbruch der Entlassung unterbott.

England

Die 2000 Londoner Feuerwehrgesellen leisten weiter kräftigen Widerstand gegen den beschäufigten Lohnabbau. Zwischen den

Gewerkschaftsbürokraten und dem Großratsrat finden Verhandlungen statt. Die Feuerwehrgesellen geben ihren Gewerkschaftsführern deutlich zu verstehen, daß sie bereit sind, in den Streik zu treten. Es ist wahrscheinlich, daß man ihnen Zugeständnisse machen wird. Der Großratsrat hat aber jedenfalls beschlossen, für alle neu anzunehmenden Feuerwehrgesellen die Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Auch ein Erfolg einer „Weihnachtsbeilegerung“

Als A. Na der Chemischen Fabrik Jacob in Ammenhofs gab es in diesem Jahre noch eine verlässigere Weihnachtsgratifikation als im Vorjahr, nämlich Zahl wird es schließlich gar nichts mehr geben. Wir wissen, die Weihnachtsgratifikation wirft der Unternehmer als Köder aus, um sich besonders willige Arbeitstätte zu sichern. Die Gratifikation ist kein Geschenk, sondern sie ist von der Leistung selbst erbracht. Es ist abgebauter Lohn, nicht anderes.

Es hieß außerdem, daß diese „Weihnachtsbeilegerung“ nur nach Leistung, ausgesetzt worden sei. Da lachen die Führer! Der Betriebsführer, der den größten Lagen abbekam, wäre ganz bestimmt ganz leer ausgegangen, wenn es nach Leistungen ginge, und die Betriebsführer hätten durch die Feind eine zehn- und zwanzigfache Gratifikation haben müssen. Denn was sie wirklich geleistet haben, das zahlte der Unternehmer nicht einmal in beisehenden Prozenten ab!

Die Stimmung im Betriebe ist gut. Der Unternehmer hat sich verreckt. Er mußte mit den Gratifikationen Uneinigkeit unter die Arbeiter bringen und einen gegen den anderen auspielen. Derjenige, der 50 Pf. mehr bekam wie der andere, sollte das von seinen Kollegen verdammen und „gut tun“. Das Gegenteil trat ein. Alle diskutierten über die Betittelgroschen. Gloschen wurden gemacht.

Und was das Wichtigste ist, die Kollegen drückten wiederholt aus, daß sie die rote Einheitsfront im Fronte und die sie gegen den Unternehmer. Das war die einmütige Auffassung.

Gegen Sodbrennen Magenbeschwerden Bullrich-Tabletten nur 25 Pfg.



Donnerstag, den 24. Dezember 1931.

Ein neues Lied . . .

Ein kleines Vorkindchen sang.
 Sie lang mit mahrem Gefühl
 und laßcher Stimme, doch noch so sehr
 geübt von ihrem Spiel.

Sie lang das alte Entlassungslied,
 das Ciampapa vom Himmel,
 womit man einläßt, wenn es greint,
 das Wolf, den großen zümmel.

Ich kenne die Weile, ich kenne den Text
 ich kenne auch die Verfasser;
 ich weiß, sie tranten heimlich Wein
 und predigten öffentlich Wasser.

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
 o Freunde, mit ich euch dichten:
 Wir wollen hier auf Erden schon
 das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein
 und wollen nicht mehr darben;
 verschlemmen soll nicht der laule Saub,
 was Heilige Hände erwarben.

Es müßt hieroben Tot genug
 für alle Menschenkinder,
 auch Polen und Wozzen, Schönheit und Lutz,
 und Zudertreiben nicht minder.

Ja, Zudertreiben für jedermann,
 sobald die Schoten plagen!
 Den Himmel überlassen wir
 den Engeln und den Spagen.

(Aus dem Wintermärchen Deutschland, v. S. Fein)

Enttäuschung über die Mietentung

Die Ausführungsbestimmungen der preussischen Regierung
 Der amtliche preussische Vorkindchen hat jetzt den Inhalt der Ausführungsbestimmungen über die Mietentung veröffentlicht. Diejenigen Mietschlichter, die bisher an eine schrittweise Senkung der Mieten glaubten, sind schwer enttäuscht.

In den Ausführungsbestimmungen wird festgelegt, daß eine Verminderung der Miete um 10 Prozent der Friedensmiete erfolgt. Da in Preußen die gewöhnliche Miete 20 Prozent der Friedensmiete beträgt, so bedeutet das nur eine Senkung auf 10, das heißt also nicht um 10 Prozent, sondern lediglich um 8,3 Prozent. Das ist aber nicht alles. In Berlin z. B. heißt es nämlich die tatsächliche Miete mit allen Nebenausgaben in Wirklichkeit auf 133 Prozent der Friedensmiete, die Herabsetzung der Miete auf 123 bedeutet somit eine Senkung von bloß 7,5 Prozent.

Eine weitere Bestimmung besagt, daß, wenn im Laufe des Jahres 1931 die Miete bereits herabgesetzt wurde, der betreffende Betrag auf die neue Senkung angerechnet werden darf.

Bei den Neubauten ist es heißt es „angelehnt der Berücksichtigung der Grundkosten eine angemessene prozentuale Mieteermäßigung nicht durchzuführen“. Die preussische Mietentung bestimmt, daß der „aus der Senkung der Hypothekenzinsen erzielende Gewinn“ auf die einzelnen Mieter umzulegen ist. Hier wird also ein bestimmter Prozentsatz der Senkung überhaupt nicht gemacht.

Was die „gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen“ betrifft, insbesondere die Genossenschaften, so heißt es, daß diese verpflichtet sind, den Zinsgewinn zu verwenden, so daß die Ermäßigung der Mieten für die in den betreffenden „Kolonien- und Reichsinfantillen“ errichteten Wohnungen vermindert hoch sein können. Die gleiche Regelung ist auch für solche Wohnungen in Geltung, die mit Hilfe öffentlicher Mittel errichtet sind. Auch hier werden also bestimmte Zahlen betreffs einer Mietentung nicht genannt.

Die derzeitige Regelung der Berechnung von Sammelzinsen, Warmwassererwärmung, Jahrszahl usw. wird nicht geändert.

Erwerbslose und Volkshochschule

Von der Volkshochschule wird berichtet, daß das letzte Trimester einer außerordentlich starken Besuchs aufzuweisen hatte. Über 12.000 Teilnehmer an den Vorlesungen, 45.000 Erwachsene und Kinder und außerdem noch eine größere Zahl von Besuchern, die ermäßigte Karten erhielten. Im Mai-September-Semester waren 28 Prozent der Besucher Erwerbslose und im Oktober-Dezember-Trimester 44 Prozent Erwerbslose zu verzeichnen. In dem Bericht der Volkshochschule wird darauf hingewiesen, daß viele Anfragen von Erwerbslosen auf Freistellen für Kurse, Arbeitsgemeinschaften und Vorträge aus finanziellen Gründen abgelehnt werden mußten. Der Studienauschuss befaßte sich in einer Sitzung vor allen Dingen mit dem neuen Arbeitsplan für das Trimester Januar-März 1932, der 48 Kurse, Arbeitsgemeinschaften, Vorträge, Führungen und Sonderveranstaltungen aufweisen wird. Das neue Trimester beginnt am 11. Januar 1932.

Der Bericht zeigt, daß unter den Massen der Erwerbslosen ein stark ausgeprägtes Bildungsbedürfnis vorhanden ist. Daher finden die Erwerbslosen in der Volkshochschule nicht das, was sie suchen. Der Arbeitsplan der Volkshochschule ist immer noch rein bürgerlich gehalten und meidet konsequent jeglichen proletarischen revolutionären Bildungsweg. Auch der Hinweis, daß die Volkshochschule eine „neutrale“ und „apolitische“ Bildungsarbeit leistet, entspricht nicht im geringsten den Tatsachen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben erst vor einigen Wochen erleben können, wie die Hallische Volkshochschule den berüchtigten Kaufmannslehre Vater Wucher mann, verpflichtet und sich damit patzig mit dem schamlosen Verleumdungsbeitrag der Reaktion gegen die Sowjetunion (s. darüber hat) „Dombol“ gerade unter den Massen der Erwerbslosen ein starkes Interesse für die Sowjetunion, für den Kampfjahrplan und die Probleme des sozialistischen Aufbaues erregte. In der Volkshochschule aufgenommen; es ist denn, daß eben, wie im Falle Wucher mann, ein Lobpreis des Bolschewismus zum Wort kommt.

Solange die Volkshochschule diese reaktionäre und imperialistische Einstellung an den Tag legt, kann den Arbeitern und Erwerbslosen die Benutzung derselben Bildungsarbeit leisten, die um gefährlicher sind, je mehr sie betreibt sein wollen. Eine neutrale Rolle zu spielen ist empfohlen werden. In die Arbeiter und Erwerbslosen erregt der „Dombol“ den Marxismus-Denkmal zu studieren, die Marxistische Arbeiterrichtlinie bietet dazu Gelegenheit.

„Friede auf Erden“

„Friede auf Erden“, predigen sie euch von den Kanzeln, in den Zeitungen, euren Kindern in der Schule, und ihr sagen euch, daß ihr den Krieg verfallen, daß ihr auch unermüdlich machen sollt gegen die Ginfidie in die ganze Tragödie des Elends, des immer gewalttätiger von der Schamtheit des werktätigen Volkes Besitz ergreift.

Wenn ihr „Friede auf Erden“ jaget, dann meinen sie, daß ihr friedlich sein sollt, demüthig, gekornt, untertan der Obrigkeit, gleichwie, ob diese Obrigkeit durch Schulordnungen den Lohn sent und die Unterfertigung fängt, Schulen und Krankenhäuser schließt, ein Heer von Menschen zu Weitem werden läßt. Ihr sollt friedlich bleiben, wenn neue Steuern die Armen noch ärmer, die Reichen durch Zuwendungen aus diesen Steuererträgen noch reicher machen.

„Friede auf Erden“ sagen sie, damit ihr euch nicht aufseht, ihr Frauen und Mütter; damit ihr nicht aufstört, Kinder zu gebären, obgleich die lebende Generation verhungert und verkümmert muß. Dann das ist der Friede; der bei dem Volkshochschüler Kaufmann in Buchhof, der in einer Laube wohnt, ein 14 Tage alter Säugling ertrien mußte, weil es für die Mutter im Wochenbett nur die eiseltete Brotkruste war; daß die 23jährige erwerbslose Hausangestellte Elise die Aufsicht ihr fünfjähriges uneheliches Kind erstickt und selbst mit knapper Not dem Tode entriecht; daß die Fälle sich verhäubert, veräußernden lassen.

Diesen schmerzreichen Mittern werden keine Loblieder gesungen und keine Gaben dargebracht; das uneheliche Verbrechen einer Verlesung ist das einzige Weihnachtsgeschenk für die arbeitenden Frauen.

Aber für eure Kinder hat sich die Spielzeugindustrie noch ganz andere sinnige Weihnachtsgeschenke ausgedacht. Da gibt es in den Geschäften Paracetamol, aus billigen Knoch geformt, die durch einen Hebel geöffnet werden können. Und heutzutage, sie entpuppen sich als registrierte Verfallsfallen, in die man mit Pflanzlingen, die Gummihüpfball Förmungen und Wachstumszählern bedienen. „Wabe in German“, steht darauf, und die bleigernen Autorreifen tragen die Firma „Continental Bal-

lon God“. Der Preis für dieses Spielzeug ist so niedrig wie möglich, er soll Weltweit garantiert, soll den Kindern Kitzeln, belächeln, weils lustiges Spiel es ist, auf Vater und Mutter, auf die hungernden Geschwister zu schießen, auch wenn man selbst nichts im Magen hat.

Blut es sich noch einen Unterchied zu den Barolen des Dritten Reiches, die von den Modeltolanen der Nazis ausgegeben werden und auf den Kreuzen lauten: „... wird erschossen“?

Wer sich den Befehlen der schifflichen Bandenführer nicht fügt, wird erschossen. Wer sich nicht zur unermüdbaren Zwangsarbeit stellt oder freit, wird erschossen. Der Kleinbauer, der nicht die letzten Lebensmittel tollkosten hergibt, wird erschossen. Die Frau, die sich gegen den Paragraph 218 wehrt, wird erschossen.

Inflation und Kriegserwählung sind die Begleiterscheinungen des Kapitalismus. Unter die Lebensmittelmittelungen fallen: Kartoffeln, Brot, Fleisch, Butter, und damit das Gulaßstammesseln nicht zu einseitig wird, gibt es abwechselnd Erbsen und Bohnen.

Kapitalismus = Falschismus bedeutet Krieg = unausgesehener Krieg gegen das Proletariat, gegen die Werktätigen. Unabwendbar Unterdrückung, Juchts und Gefängnis, kürzige schiffliche Unterdrückung aller proletarischen Organisationen. Krieg gegen die Sowjetunion, das ist das Programm des Kapitalismus.

Doch die Sowjetunion will den Frieden. Die 150 Millionen Arbeiter und Bauern, die sich auf allen Weltgegenden befreit haben, lassen sich auf keinen Fall durch den Krieg hindern. Sie begehnen den Prozeduren ihrer Feinde nicht mit den Vorkindchen, die sich der Kapitalismus wünscht, um einen neuen Weltkrieg zu entfesseln zu können. Darum kämpfen die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion das Gebot für alle, die wirklich den Frieden wollen.

Wir alle können daran mithelfen, wenn wir uns zusammenschließen in der großen einheitlichen Front aller Schaffenden. Nicht unter den Barolen der heillosen Rast-Kamarilla, sondern zur Verwirklichung dessen, was der Dichter Georg Büchner im „Heiligen Abendessen“ schrieb: Friede den Rütten — Krieg den Vorkindchen!

(Aus der Zeitschrift: „Der Weg der Frau“)

Arbeiter, so werdet ihr verhöhnt!

Heraus mit der nationalen Presse aus den Arbeiterwohnungen! — Lebt nur den „Klassenkampf“ und das „Mittebedeutende Ego“!

„Mit Gänseleber“
 Die Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht auf der ersten Seite des Hauptblattes in aufsehender Aufmachung den Bericht über einen Vortrag, des schweidischen Biomediziner Dr. Euler über Vitamine: Es wird da gesagt, daß Leber bzw. Gänseleber Vitamine enthält. Den Bericht über schreibt das Kapitalistenblatt so:

Eine überzeugende Quelle für die vitaminbedürftigen Kinder von 5 Millionen Erwerbslosen und von 15 Millionen für Hungerleidende schreitenden Arbeitern, Mangelkinder und unteren Beamten.

Zwei Zitate aus zwei verschiedenen Zeitungen. Im schweidischen „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Im zweiten demokratischen Partei Deutschlands, den „Vorwärts“, verhöhnen die werktätigen Arbeiter, machen sich lustig aus diesen Tatsachen nur eine Schlussfolgerung ziehen:

„Apokal, nicht zwei Gänseleber und Rotwein“
 Der „Vorwärts“ (vom 11. Dezember) erwähnt alle Arbeiter im Interesse ihrer Gesundheit:
 „Noch eine Warnung ist zu dieser Zeit am Plage. Manche Menschen glauben, zu den Feitigkeiten gehöre unmaßig häufiges Alkoholen und auch ein gewisses Feitweiss mit fetten Gerichten, schweren Weinen und starken Zigaretten. Uns liegt gewiß nichts ferner als unseren Feitweiss (1) die Feitweissenden tragende beinträchtigen zu wollen. Indessen, man sollte die Folgen eines zu wiederholten Malen überlebenden Wagens doch nicht allzu leicht auf die erste Tafel nehmen. Wenn wenig Gänseleber trinkt ist gerade an diesen Tagen am Plage.“

Im ersten Falle handelt es sich um die schweidische Kapitalisten und im zweiten um die deutsche Sozialdemokratie. Zwei Zeitungen, aber ein und derselbe Inhalt. Beide über das maßlose Elend des Proletariats. Die Arbeiter werden verhöhnt die Arbeiter feindliche Presse aus dem Hause

„Wui, wie schmutzig!“

Das sozialdemokratische Mittelblättchen in Halle hat eine neue Entdeckung gemacht. Es hat festgestellt, daß das Auto des „Klassenkampf“ in einem höchst beschmutzten Zustand und in unangenehmer Weise ungeschützt und verunreinigt ist. Selbstverständlich waren wir, als wir dies lasen, sehr empört und haben uns sofort überzeugt, ob dies auch stimmt. Also hinunter, in die Garage! In der Tat, das Auto ist nicht gerade wie ein Schmutzhaufen; es war auch ziemlich bredig. „Wui, wie schmutzig!“ jagten wir zu dem Chauffeur, „wie kommt ihr denn mit einem hoch ungeliebten Auto in der Stadt herum? Sehen mich müder die auch, vor allem an den hiesigen Leuten. Sogar die Volkshochschule-Rebakteure nehmen an eurem dreifachen Auto Anstoß. Hier lies mal was die geschrieben haben!“

„Na, weicht“ — antwortete mir dann ein Chauffeur in aller Feinheit, ohne von seiner Beschäftigung aufzuhören — „es ist besser, wenn man mit vier dreifachen Räderwagen geht, wenn man mit vier dreifachen Räderwagen geht, wenn man mit vier dreifachen Räderwagen geht.“

Frage: „Was meint denn du damit, lieber Kollege?“

„Den Blechkasten aus der Märkterstraße, weicht, den kannte dir die an die Märkterstraße hängen. Und im übrigen: Ein Auto kann ewig blühnhaft sein, wenn es nicht oder nur selten gebraucht wird. Den Autos geht es so wie den Vorkindchen. Ein Vorkindchen, das häufig und viel arbeitet, wird draußig. Ein Auto, das häufig 100–200 Kilometer zurücklegt, wird draußig und verunreinigt.“

„Dennach wäre das gar nicht so schlimm, wenn eure vier Wagen ein bisschen draußig sind“ — „Ne, — das ist absolut nicht so schlimm!“

Warnung vor einem Betrüger

Vor einigen Tagen hat sich hier ein angeblicher Sekretär eines Heiligtums einmobliertes Zimmer gemietet und zum nächsten Morgen Geschäftsleute betrogen. Er hat es ihm ge- lungen, von einem hiesigen Firma-Kontostellenhelfer im Werte von etwa 400 Mark und von anderen Firmen zwei Radioparale zu erhalten. Der Betrüger legt beim Kauf der Waren einen Kassenschein vor, der angeblich von der Regierung in Weierbach ausgestellt sein soll. Der Täter ist seit Sonntag abend nicht mehr in der Wohnung gewesen. Um in der Nacht der in der Wohnung zu bleiben, reißt diesen durch und gibt der Wirtin die eine Hälfte mit dem Bemerkten, demjenigen die Sachen auszubehalten, der die andere Hälfte vorlegt.

Weihnachten im hallischen Zoo

Auch die Zoo-Kinder sollen in diesen Tagen nicht vergesse werden. Seit Jahren haben sich diese Besucher unteser Gärten die Mühe nicht verdrängen lassen, ihren Kindern unter unbeschränkter Pflege einen kleinen, manchmal auch ein recht großes Geschenk zu bringen. In diesem Jahr ist die Kinderstube größer als jemals. Wenn auch im allgemeinen zu den Kindern in erster Linie die Schokolade und einige andere nützliche Feitigkeiten geliefert werden, so dürfen wir doch auch das übliche Tugendgold, auf das der Gärtnerei mit Recht so stolz ist, nicht zurücklassen lassen. Wie sie kleinen Vamen, Tiger, Leopard, Dufferbälchen und wie sie kleinen mögen sollen bedacht werden, und zwar jeder mit dem, was ihnen lieblichst und was sie sprechen können. Bleibe ich erfüllt das folgende schöne Wetter, dann auch dem zoologischen Gärtnerei eine Tugend, nämlich im Winter mehr als bisher belacht zu werden.

An alle Unalkenten-Empfänger!

Der Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Revolution bietet alle Unalkenten-Empfänger, deren Namen durch die Rostenerzeugung gefahren worden sind, sich im Büro des Bundes auf der Leipziger Straße 15 zu melden.

Im eine Riffe Zigaretten. Ein Dienstag gegen 18.30 Uhr betrat zwei junge Frauen ein Zigarettengeschäft in der Sophienstraße. Hier eine Riffe Zigaretten an sich und kühleren. Einer der Täter, der kaum 15 Jahre alt war, wurde von einem Passanten ergriffen, der andere entkam.

Weihnachtsgewinnung in der Kaufmannshauswirtschaft. Herr Buchholz, der Besitzer der Kaufmannshauswirtschaft, hatte, als er die Weihnachtsfeierlichkeiten ausrichten wollte, alle seine Gäste eingeladen. Die Gäste sollten sich an der Weihnachtsfeier beteiligen und werden die Besten zum Besten der Weihnachtsfeier ernannt. Herr Buchholz, der Besitzer der Kaufmannshauswirtschaft, hatte, als er die Weihnachtsfeierlichkeiten ausrichten wollte, alle seine Gäste eingeladen. Die Gäste sollten sich an der Weihnachtsfeier beteiligen und werden die Besten zum Besten der Weihnachtsfeier ernannt.

Kosenträger billigst! Summi-Bieder

Die Werktätigen haben das Wort! Hier sprechen die

Opfer der Notverordnungenspolitik



Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich (Reichsverfassung)

Die Not steigt ins Unermessliche

Die Döllinger Gemeinde hat 2600-2700 Einwohner. In dem haben in den „guten“ Zeiten 500 gearbeitet. Jetzt haben über 300 Arbeitslose, davon erhalten 190-200 Wohlfahrtsunterstützung und 23 erhalten überhaupt keine Unterstützung. Es sind dies meistens Jugendliche, deren Väter noch arbeiten, Rente oder Erwerbslosenunterstützung beziehen oder eine kleine Scheinbude haben. Wenn man befragt, daß der Vater eines solchen Jugendlichen, der noch arbeitet, nicht mehr als 22-28 Mark wöchentlich unterhalten bezieht, die nicht höher als 13-22 Mark sein kann man ermessen, welche Not und welches ungeheure Elend herrschen. Es sollen hier nur zwei Fälle angeführt werden, von denen es aber Hunderte in unserer Gemeinde gibt.

Der alte 71jährige (!) Rentner R. bezieht eine Rente von 20 Mark monatlich. L. hat ein kleines Häuschen. Auf dieses Haus hat er eine Hypothek von 1500 Mark aufgenommen. Er muß wöchentlich über 19 Mark Zinsen zahlen. Das sind monatlich 83 Mark, die von den 52 Mark Rente abgehen, so daß ihm nur noch 45-67 Mark bleiben. Das ist aber noch zuviel, meint der Staat, von dieser alte Mann bekam dieser Tage ein Schreiben zugestellt, worin ihm mitgeteilt wird, daß er für seine in 47 Jahre alten Wohnhaus auf 1000 Mark (1) lotte, und zwar mit 8 Mark wöchentlich, 4 x 8 = 32 Mark, bleiben also für zwei Personen zum Leben noch 13,67 Mark im Monat.

Der Betriebsarbeiter G. arbeitet in der Papierfabrik Remondorff. Er verdient wöchentlich 26 Mark. Da die Papierfabrik aussteigt und nur fünf Tage arbeiten läßt, ist sein Wochenverdienst auf 22,34 Mark gesunken. Bei einem Monatsverdienst von nur 90 Mark muß er 36 Mark Miete bezahlen. Zum Leben bleiben ihm mit Frau und zwei Kindern pro Woche 13,57 Mark.

Den Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern geht es noch schlechter. Die Behälter für die Wohlfahrtsunterstützung sind in der Döllinger Gemeinde sehr knapp gefüllt. Es gibt verschiedene Fälle, wo die Familienmitglieder gleiche und auch die Not die gleiche ist, aber die Unterstützung nicht in gleicher Höhe bezahlt wird.

Es ist keine Hebertragung: Dölling ist eine Gemeinde des Landes und der Not - und mit Dölling alle die anderen Gemeinden des Landtages.

Ermittlung in Weißenfels

Durch die katastrophale Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftskrisis werden immer mehr Proletarier in große Not gebracht, so daß sie nicht imstande sind, sich wenigstens notdürftig zu halten. An die Besetzung der Wohnungsmiete können sich die Erwerbslosen vielfach nicht einmal denken. Ein Arbeiter in Weißenfels, der Wohlfahrtsunterstützung bezieht, wurde aber außerstande war, die Miete zu zahlen, einfach aus seiner Notlage heraus. Es gelang schließlich ihm das Wechselschreiben der Wohnungsmiete in einen alten geschlossenen Gaststätten zur Verfügung. Der Raum ist sehr klein, so daß die Möbel nicht hinein zu verpacken. Der Fußboden besteht aus Zement. Durch die Türen und Fenster strömt der Wind herein. Der Mieter ist verheiratet und hat drei Kinder. Er wurde in der ganzen Gegend gepöbeln, obwohl er ein ärztliches Zeugnis vorlegen konnte, daß seine Kinder leicht zur Augenkrankheit neigen und sich deswegen in ärztlicher Behandlung befinden. Wir hoffen, daß die Ermittlung gegen die Wohnungsfrage und ferner, die familiäre Ermittlung zu unterbreiten haben. Wir werden, daß alle großen leerstehenden Wohnungen beidrehen; die proletarischen Mieter zur Verfügung gestellt werden.

Kein Stall von Bethlehem doch ein Stall von Bitterfeld

Ein gewissermaßen als Weihnachtsgeschenk hat der Magistrat von Bitterfeld einem Proleten, der jahrelang bei der Stadt beschäftigt war, über 70 Jahre alt und Vater von vier schulpflichtigen Kindern ist, unter dem 2. Dezember 1931 folgendes Schreiben zu lesen lassen, zu dem wir meinen Kommentar zu schreiben brauchen:

Arbeiter Herrn August Georgi, hier, Mühlstraße 11. Der Gerichtsvollzieher hat uns mitgeteilt, daß er Ihre Wohnung 1. Dezember zwangsweise räumen wird. Es droht

Neue Bellage des „Klassenkampf“

Die Redaktion des „Klassenkampf“ hat sich entschlossen, eine besondere periodisch erscheinende Beilage unter dem Titel „Hier sprechen die Opfer der Notverordnungenpolitik“ herauszubringen. Heute erscheint diese Beilage erstmalig. Sie wurde nicht von der Redaktion geschrieben, sondern - wie das der Titel bereits andeutet - von den Opfern der Notverordnungenpolitik selbst. Es ist es noch bei den nächsten Beilagen bleiben. Die Redaktion bekräftigt hierdurch, daß die Notverordnungen nicht geübt und nicht geschrieben werden dürfen, entweder wegstreichend oder abändert.

Die Werktätigen haben auch bisher reichlich Gelegenheit gehabt, an der Ausgestaltung des „Klassenkampf“ mitzuarbeiten. Der „Klassenkampf“ unterscheidet sich von allen anderen in Mitteldeutschland erscheinenden Zeitungen dadurch, daß er das Sprachrohr der Werktätigen ist. Nicht nur dadurch, daß er als Anwalt ihrer Interessen auftritt, sondern auch dadurch, daß er zum großen Teile von den Werktätigen selbst geschrieben wird. Durch die Einführung der neuen Beilage soll die Mitarbeit der Werktätigen noch weiter vergrößert werden.

Arbeiter, Gewerkschaften, Gewerbetreibende, Invaliden, Rentner, Angestellte, Beamte, Frauen - greift zur Feder und schreibt, wie die Notverordnungen sich auf eure Leben auswirken. Schreibt so, wie ihr es versteht. Bei den Zuschriften an den „Klassenkampf“ kommt es nicht darauf an, inhaltlich einwandfreie Aufsätze zu schreiben, sondern das zu sagen, was uns alle ergeht: die Not und das Elend zu schildern, in das uns der Kapitalismus hineingestürzt hat - und die Kampffront zu schildern für eine bessere Zukunft. Sorgt auch dafür, daß der „Klassenkampf“ eine immer größere Verbreitung findet. Redaktion „Klassenkampf“

Ihnen demnach von diesem Tage an Obdachlosigkeit, da Sie sich bis jetzt um ein anderes Unterkommen nicht bemüht haben. Zur Abwendung der Obdachlosigkeit weisen wir Ihnen von 3. dieses Monats ab einen Raum unter zwei den früher von Brückner bewohnten Raum in der Südöstlichen Baracke, Steinstraße 11, als Obdach hiermit an. Vor dem Umzug wollen Sie sich bei dem Barackenverwalter, Herrn Preußner, Steinstraße 11, melden, den wir von Ihrem Einzuge in Kenntnis gesetzt haben. Wir machen Sie schon jetzt darauf aufmerksam, daß nur die allermodernsten Möbelstücke in dem Raum untergebracht werden dürfen. An Miete ist vom Tage des Einzuges ab wöchentlich 1 Reichsmark an die hiesige Stadtkasse zu zahlen.

Unterschrift: Ebermann. In Bitterfeld sind bekanntlich über 60 leerstehende Wohnungen vorhanden. Doch diese sind nur für Begüterte da. Die leistungsfähige Familie Georgi muß in einem engen und ungefundnen Raum der Baracke hausen.

Herr Kipping, wollen Sie antworten!

Wenn in der Zwischenzeit auch bereits einige Zeit verstrichen ist, so halten wir es doch für notwendig, wenigstens nachdrücklich die Arbeiteröffentlichkeit über folgende Dinge zu informieren: Mitte November rief der Internationale Bund in Leipzig zu einer Versammlung auf und lud dazu die Mitglieder und auch die Leitung des reformistischen Reichsbundes ein. Daraus ist erhaltet er von dem Sozialistengesetz-Kipping ein Schreiben, in dem es unter anderem hieß:

„Unser letzte Vorstandssitzung hat einstimmig den Beschluß gefaßt, sich an dieser Versammlung nicht zu beteiligen. In Ihrem Brief wird gegen meine Person die Ausbildung erhoben, daß ich dem Bezug bei der Sozialrente zugestimmt habe. Diese Bemerkung glauben Ihre Mitglieder selbst nicht. Ich glaube kaum, annehmen zu können, daß es Rentner gibt, die mich kennen, die ein derartiges von Ihnen angegebenes Märchen glauben.“

Opfer des Krieges und der Arbeit fordern!

In der letzten Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit in Teuchern wurde einstimmig eine Kampfenstreichung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Wir Kriegs- und Arbeitsinvaliden haben den Grund und Boden, darauf wir stehen, die gesamte Produktion und Reproduktion mit unserem Blut gedüngt. Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Gerate, Betriebe, Fabriken, Verkehrsmittel, alle Bedarfsartikel, alle Lebensmittel, alles geht von uns...“

6500 Verletzte liegen gefangen in den Gefängnissen, Justizhäusern, 36.000 stehen vor der Verurteilung wegen ihrer proletarischen Wehranklage. Die Verurteilung der Werktätigen Deutschlands ist bis 1988/89 festgelegt. Das ist das Ergebnis der Politik seit 1914.

Der Kapitalismus hat gegen die Kriegs- und Arbeitsinvaliden, gegen die Vertriebenen, Verwundeten, Gefreiten, gegen die kriegsbedingten Flüchtlinge in Deutschland den Berühmtesten, den größten Mord der uns noch verbleibende Kraft werden vor die Kampfanlage zu würdigen wagen. Deutscher Rentner, deutscher Arbeiter, deutscher Verletzte, deutscher Proletarier! Erkennt endlich eure Macht! Erkennt endlich eure Feinde! Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Lenin reisen! Die einzige Partei des werktätigen Deutschlands ist die KPD, die klar und nachdrücklich die Interessen der Rentner, aller Werktätigen vertritt.

Werbt für den „Klassenkampf“



Das Privateigentum wird gewährleistet (Reichsverfassung)

Feinde der Gewerbetreibenden

In dem von Not und Elend heimgesuchten Dörsch sind gibt es mehrere Kleinwerbetreibende. Die sich mehr schlecht als recht durchs Leben schlagen. Da sie sehr hohe Steuern zu entrichten haben und dazu vielfach außerstande sind, ist der Gerichtsvollzieher bei ihnen häufiger Gast. Erhält nun folgender Bericht werden: Auf Veranlassung des sozialdemokratischen Gemeindevorstandes ertheilt eines solchen Tages bei einem Kleinwerbetreibenden der Gerichtsvollzieher mit dem Auftrag, die zu fälligen Steuern einzulösen. Das hinderte den Gemeindevorstand nicht, diesen Kleinwerbetreibenden 14 Tage früher aufzufordern, für die Winterhilfe, in der die SPD in heider Eintracht mit allen sozialistischen Organisationen vertreten ist, eine Aufzeichnung zu erarbeiten. Das hat er abgelehnt, denn wie kann er etwas für die Winterhilfe geben, wenn er nicht einmal imstande ist, die Steuern zu bezahlen?

Herr Kipping war gekommen, aber die Verammlung war nicht erschienen. Viele Mitglieder des Reichsbundes nahmen daran teil und stimmten den Ausführungen unseres Obmannes Krüger zu. Als Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptung wollen wir dem Bürokraten Kipping in aller Deutlichkeit folgende drei Fragen stellen:

- 1. Haben Sie nicht in der Armenkommission dagegen gestimmt, daß Berta Sarzo die Doktorkosten ericht bekommen sollte?
Haben Sie nicht gegen den Antrag gestimmt, der verlangte, daß die Armenunterstützung gegen Richard Rabenau niedriger gehalten wird?
Haben Sie nicht bei den Elsterberatungen die im Interesse der Rentner gestellten Anträge der Kommunistischen Partei und des Internationalen Bundes abgelehnt?

Die verarmten Kriegs- und Arbeitsinvaliden der Ortsgruppe Teuchern, Internationaler Bund, fordern mit der KPD die sofortige Aufhebung der Notverordnungen vom 8. Dezember 1931 und aller anderen Notverordnungen.

SPD-Bürokraten markieren Kampf

In Leipzig fand eine Kundgebung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden statt, in der Max Rabe, Berlin, als das Thema „Unser Kampf um die Erhaltung der sozialen Gesetzgebung“ referierte. Rabe führte an, daß die Einkommensteuer in Deutschland höher als in anderen kapitalistischen Ländern ist. Er bezog natürlich zu sagen, daß für diese Dinge in erster Linie der sozialdemokratische Finanzminister Brüderling im Kabinett der Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller verantwortlich zu machen ist. Auch bei den Ausführungen über den Abbau der Sozialversicherung verzögert er die Forderung des sozialdemokratischen Reichsarbeitersministers Brüderling zu erwähnen. Genau so machte er es bei dem Bericht über die hohen Pensionen. Auch hier bezog er mitzuteilen, daß die sozialdemokratische Reichsstaatspraxis gegen den kommunikativen Antrag auf Kürzung der Pensionen stimmte. Nach seinem Referat wurde eine Indernahme Entschlossenung angenommen, in der vom Kampf die Rede ist, ohne daß gesagt wird, mit der Kampf geführt werden soll. So markieren die SPD-Bürokraten Kampf. In Wirklichkeit aber wollen sie nur Ruhe und Ordnung haben, denn das ist die beste Sicherung ihrer Privilegien.

Fort mit dem Hakenkreuz-Schwindel!

Abwärts im Gau Halle-Merseburg!

Der „Völkische Beobachter“ brachte vor kurzen einen Artikel über die Entwicklung der Nationalsozialisten im Gau Halle-Merseburg. Hier wurde die Behauptung aufgestellt, daß in den letzten drei Monaten etwa 3000 neue Mitglieder gewonnen worden wären. Bei der bekannten „Mittelteilnahme“ der Nazis ist als selbstverständlich anzunehmen, daß diese Zahlen Irreführungen sind. Dem entspricht denn auch der weitere Inhalt dieses Berichtes, der eine einzige Entschuldigung für die Rückwärtsentwicklung der Nazis in organisatorischer Hinsicht darstellt. Zwar wird gesagt, daß schon in den vergangenen Jahren die „Vormachtstellung des Kommunismus relativ gebrochen“ worden wäre, aber der Preis für diese falsche Behauptung wird natürlich nicht angetreten, weil — er eben nicht erbracht werden kann.

Das genaue Gegenteil ist der Fall!

Wie die neuen Mitglieder zuzunehmen, das haben wir erst vor kurzem an einem praktischen Beispiel in Seidenburg gezeigt. Hier wurde trotz der Notverordnung aus



Das „Völkisch-Gemeinschafts“ Geobels heiratete vor einigen Tagen. Hitler vor Trauzeugen. Geobels heiratete, daß seine Frau Jüdin, die Frau Kurt in den Adern hat, wie böse Jungen behaupten. Er in voller Uniform stand Spalter, trotz Notverordnung.

Es soll keine Jüdin sein...

Bei einer öffentlichen Versammlung einfach dadurch eine „schlossene“ gemacht, daß jedem Besucher, der nicht Mitglied bei den Nazis war, ein Aufnahmeheft zur Ausstellung vorgelegt wurde. Hinterher wurde dann ein „Mittelteilnahme“ der Nazis gebildet. Das soll nach den Angaben des Berichtes im „Völkischen Beobachter“ die dritte Ortsgruppe (1) sein. Wie man es mit der Normarbeitsbewegung erst in den übrigen Ortsgruppen ansehen?

Alle Versammlungen aufgelogen

Von nationalsozialistischen Anhängern, die es nicht haben, sich von den gutbesetzten Banken dieser Unternehmerrückströme länger belügen zu lassen, wurden uns 13 Versammlungsberichte vom Monat November vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß einzeln und allein eine Versammlung in Jörbig hat besucht war, während alle anderen einmündig aufgelogen oder einen miserablen Besuch aufzuweisen hatten.

Wer finanziert nun den Naziladen?

Auf unsere Feststellungen, daß die NS-Farbenindustrie und speziell das Leuna-Werk die Hakenkreuzpropaganda durch Erstellung von großzügigen Anzeigenunterstützungen finanziell weitgehend unterstützt, haben die Entropfen bisher in allen Tonarten geschrieen. Der „Angriff“ auf das Leuna-Werk, den die Nazis vor kurzem unternahm, ist denn auch gar nicht im Sinne ihrer Auftraggeber ausgefallen. Sie hielten sich eine gewisse Mühe durch die Leuna-Proleten. Der frampf hätte Verlust, in den entscheidenden Großbetrieb Mitteldeutschlands einzubringen, ist gänzlich mißlungen.

Nicht einmal eine Tageszeitung

Das Schmerzenskind der Nazis im Gau Halle-Merseburg ist der „Kampf“, das kümmerliche Halbwochenblattchen, das seit dem September 1930 erscheint und bis heute infolge Mangels an Dokumenten noch nicht leben und sterben kann.

Wiederholt mußte das Erscheinen desselben eingestellt werden, da sich die Druckerei Thiele in Halle weigerte, ohne Bezahlung der außerordentlich hohen Schulden weiterzudrucken.

Nicht sind die Nazis angeblich wieder mit der Vorbereitung des Neubaus ihrer Zeitung beschäftigt. So sieht es wenigstens im „Völkischen Beobachter“. Aus einem Rundschreiben, das uns ebenfalls vorgelegt wurde, geht aber hervor, daß das Erscheinen des „Kampf“ überhaupt eingestellt werden soll. An jene Stelle soll eine in Berlin zentral bedruckte neue Zeitung

treten, die sich „Die braune Front“ nennt. Inzwischen sind nämlich die Schulden des Wochenblattchens wieder so angewachsen, daß der Drucker erneut die Fertigstellung verweigert. Zwei unbezahlte Rechnungen der Druckerei Thiele in Höhe von 1140 Mark und 340 Mark, die mir ebenfalls einsehen konnten, beweisen das, zumal diese Rechnungen schon wochenlang zurückliegen. Trotzdem also vor ungefähr einem Jahre der Gauleiter Paul Hinfelger persönlich festgesetzt seiner Unfähigkeit wegehoht wurde, ist die Lage für die Hakenkreuzler noch katastrophaler geworden.

Wird Jordan über den Jordan gehen?

Der Nachfolger des vor einem Jahre von Hitler gemarkierten Gauleiters Hinfelger, des Mannes, der als Lehrer wegen unzureichender Veranlagung schon 1925 zwangspensioniert wurde (nicht etwa wegen nationalsozialistischer Propaganda), ist der Gauleiter Jordan. Der Mann muß ein ganz anständiges Monatsgehalt beziehen, denn seine Wohnung in Halle in der Leipziger Straße 64 kostet 1020 Mark. Diese Mietsrate wird aus der Nazifasse bezahlt. Außerdem erhält er noch 300 Mark im Monat Nettogehalt und läßt sich auch jede Versammlung noch ganz anständig bezahlen. Eine Kuitung zeigte uns, daß

Jordan für eine Versammlung 43 Mark erhalten hat. Etwas weniger erhalten die kleinen Leumans. Bachmann, der „Spezialist“ für die „Sib-Aktion“ der Nazis, der sich bei seinem Großantritt auf das Leuna-Werk so unterlich blamierte, erhält nur 150 Mark monatlich netto. Der Leiter der Nazis in Raumburg sogar nur 120 Mark. Wenn sie allerdings für Versammlungen viel erhalten wie Jordan, dann kommen sie immerhin auf ihre Rechnung. Schreibhilfskräfte im „Braunen Haus“ am Lötterplan werden hogen ganz miserabel bezahlt. Die kriegen nur 45 Mark im Monat.

Das „teure“ Leben des Gauleiters Jordan ist außerdem mit 25 000 Mark verpfändet. Diese Verpfändungspolice dürfen die Nazisproleten ebenfalls aus ihren Beitragsrollen bezahlen.

Chemiekapital finanziert

Mebrigens ist es mit den Beitragsrollungen bei den Nazis sehr heiß bestellt. Sie haben es aber auch gar nicht notwendig, auf diese Größen all zu großes Gewicht zu legen. Die Finanzier

erfolgt von ganz anderer Seite. Wer ist zum Beispiel der Herr Gerhard Schaps, wohnhaft in Leuna, Heberstraße 10? Uns wurde eine Kuitung der Nazis vorgelegt, die diesem Herrn bescheinigen, daß er im Monat November 500 Mark an die Nazifasse gezahlt hat.

It das vielleicht eine Bekadefesse der Leuna-Direktion? Aber auch nicht! Es gibt es großzügige Spender. Unter 500 Mark machen es viele Leute für die Kampfpfenden der Nazis überaus reichlich. In Leuna möge man sich den Namen Dr. Walter Meinhof merken. Dieser Herr hat sich verpflichtet, fünf Monate lang je 100 Mark Kampfpfende zu entrichten.

Warum das alles?

Es ist in den letzten Monaten wiederholt von uns nachgewiesen worden, wie die Hakenkreuzler vom Unternehmertum ausgeschloßen und bezöht werden. Diese falsche Hilfsstruppe zur Wiedererschlagung der Arbeiterkraft braucht Geld und immer wieder Geld. Um unter den Proleten Bauernführer für ihre SA zu treiben. Erst in der Ausgabe des „Kampf“ vom 12. Dezember befindet sich ein aufschreiender Satz, der diese schmerzerige Rolle der Hakenkreuzler bithartig beleuchtet:

„Wenn die Notverordnung nichts Gutes bringt, so ist doch der Burgfrieden auf das Heugerte zu begründen. Schloß er doch endlich einmal unteren kämpfend, die Lehr für Lehr. Tag für Tag unterwegs sind, einige Tage der Heugerte, die sie in den Stand legen, im Januar mit um so härterer Kraft...“

Hier drückt mitten im Satz die Notverordnung ab. Offenbar will man noch nicht öffentlich ausprechen, was denn nun die rauen Kämpfer im Januar mit um so härterer Kraft unternahmen sollen.

Für das revolutionäre Proletariat ist das keine Frage.

So, wie sich die nationalsozialistische Führerschaft bereits gegen jeden Streik ausgesprochen hat, so wie die Wortsche gegen die revolutionäre Arbeiterfront ununterbrochen in Wort und Schrift weitergegriffen hat, so werden die SA-Truppen im Interesse der finanziell-politischen Diktatur im Januar verführt gegen die kämpfende Arbeiterkraft, die um ihr Recht für politische Freiheiten, um ihr Recht auf Brot und Arbeit, um das nackte Leben kämpft, eingeleitet werden.

Um so härter gilt es, gegen den Faschismus, der nicht unterliegt, aber auch nicht überläßt, werden darf, die rote Front herbeizuführen des gesamten Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei zu bilden. Diese Front des revolutionären Volksbetriebers vom Geist zu ziehen ist eine Aufgabe, die im Interesse der Sperrleitung der roten Einheitsfront dringend notwendig ist.

Achtung! Große Naziattraktion! Achtung!

Munheer Hajko von Rarends — die große Hitler-Kanon

Der auf dem untenstehenden Bilde dargestellte hoffnungsvolle junge Mann könnte die Attraktion jeder Schaubude eines bürgerlichen Kummelparkes darstellen. Er ist vor Jahren tatsächlich auch eine solche gewesen. Aber das wird im weiteren Verlauf unserer Ausführungen geschicht. Viele gehen ein naturgetreues Bild über Redner, deren sich die Nazis bedienen, um die tollsten Fügen in ihren Versammlungen gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion veraplan zu lassen. Zu den widerlichsten Attraktionen nationalsozialistischer Neubauversammlungen gehören die nationalsozialistischen Köhner Köhners aus Treiberg in Sachsen.

Sie versapen ein Schimplerktion, das so gemein ist und sich in einem so schmutzigen Geknatterton bewegt, daß die Naturgeschichte dieser Subjekte Rühner nicht genug gerühmt werden kann. Von dem einen Köhner, dem Weiteren, berichtet man bereits, daß er aus der NSDAP ausgesetreten sei, dies der kommunistischen Partei mitgeteilt hat und in diesem Schreiben erklärte, daß die Leitung der NSDAP nur mit Fügen operiert. Der offenbar Ansehensverlust dieses Verleumders — die Nazis haben andienem nicht mehr genug — an die kommunistische Partei, ist von teiler energisch zurückgewiesen worden. Die Weizsäckung Gachien stellt öffentlich mit, daß die revolutionären Organisationen im Interesse proletarischer Souverelät ihre Köhner vor dem Eintritt solcher unfauberen Elemente bewahren und sie den Nationalsozialisten überlassen müssen.

Die Köhners sind in der Sowjetunion gemessen haben sich nach ihrer Ausweisung, welche wegen unfaubere Schandmasche gegen Frauen und Mädchen erfolgte, von den Nazis kaufen lassen und bildeten letzteren eine Hauptattraktion in den Hakenkreuz-Schaubuden.

Das Bild, das wir unseren Lesern übermitteln, heißt niemand anderes, als den jetzt noch für die Nazis treulichen Karl Köhner. Er überlies dieses Bild vor etwa 10 Jahren der bürgerlichen Sipprant-Gesellschaft in Chemnitz, in der er eine kurze Rolle als Sophist abgeben hatte.

Der Nazitronzeuge gegen die Sowjetunion nannte sich damals Munheer Hajko von Rarends, gab an in Groningen in Holland geboren zu sein und verriechte mit seinem klingenden Namen und abendhand mösslichen Eigenschaften, die er besitzen wollte, klingende Vorteile zu erlangen.

Das gelang ihm nicht. Er verriechte unter Zurücklassung der von uns jetzt veröffentlichten „dämonischen Photographie“, so wie er in der Sowjetunion und schließlich durch die Hände und gelangte in die Sowjetunion, aus der er dann herausgeworfen wurde.

Jeht tritt diese geistige Absonntheit in der gefesterten Bude des Herren Hajko auf. Nicht mehr mit autoritärem Charakter, sondern mit einer „santantischen GEFH-Tate“. Mit dieser angeman verknüpft er seine böswilligen Verleumdungen gegen den Arbeiter- und Bauernkath, dessen Gatrecht er verbrecherlich mißbraucht.

Wie wahlungsüblich dieser Vorrede ist, geht aus beigefügten Briefen hervor, die er schickte. Die Briefe befinden sich im Original in unteeren Händen. Am 1. 9. 30 schrieb Karl Köhner an Sages im Kautalus an seinen Freund einen begeisterten Brief, an diesem Schluß die Worte stehen:

„Ja, hoffentlich dauert es nicht mehr allzulange in Deutschland mit der Revolution. Dann komme ich auch wieder nach Germany, aber dann werde ich einigen den Hals umdrehen, vor allen Dingen mit einem Staatsanwalt, welcher mich unfaubere verurteilt. Die Zeit kommt!!! Dann halt ich der Teufel. Also alles was wünscht Euch allen Karl Köhner.“

Und schreibe bald mal wieder Enk! Weilerier aller Gänder vereinig Euch! So lebe die rote Armee! So lebe die Weilerier! So lebe die Weilerier!

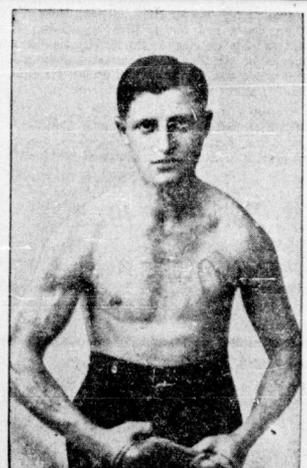
Die ganze Verlogenheit der nationalsozialistischen Agitation geht aus dem Charakterbild der Köhner hervor. Das sind die „Kronzeugen“ der Nazis gegen die Sowjetunion! Wui Teufel!

Dolch, Revolver und Bettelbriefe

Die tägliche Nazisausrüstung.

Auf der Straße von Fening nach Hartmannsdorf (Sachsen) bemerzte ein Arbeiter, daß ein Notarradfahrer einhundert von Rad befestigte Aktenkiste verlor. Er hob sie auf, um sie durch die Hundstille dem Eigentümer wieder zufindern zu lassen. Dem Besizer sah er in Begewort seiner Kollegen die Zäule durch. Zum Fortfahren kam Ein mit einem Schuß geladener Revolver 765 mm, ein lehrer gefüllter Dolch und ein an zahlungsunfähige Geknatterer Nazis gerichteter Bettelbrief, der von dem Arbeiter 24-Jähriger Wolf unterzeichnet war. Der parteilose Leiter übergab die Zäule zunächst der SPD Limbach, die dafür lehrte, daß der Inhalt photographisch festgehalten wurde. Dann wurde das Polizei veranlaßt, das Notarradfahren in Vernehmung zu nehmen.

Dolch, Revolver und Bettelbriefe, die tägliche Nazisausrüstung. Die SA ist bewaffnet.



und Ange
Streich der
leber aufzu
Verwaltung
enger die
schönföndere
Doga be
D-Breife
le ein Gzem
die Nützich
hoch rot um
als tun, Ho
alles nach
später die
Gutsbeheer
auch gefach
nicht lo fet
darbeiter un
Korresponden
KAD hatten
O eingeleitet
die ganze Be
arbeiterverban
Die neuen Mitglieder zuzunehmen, das haben wir erst vor kurzem an einem praktischen Beispiel in Seidenburg gezeigt. Hier wurde trotz der Notverordnung aus
Es soll keine Jüdin sein...
Alle Versammlungen aufgelogen
Wer finanziert nun den Naziladen?
Nicht einmal eine Tageszeitung

PROLETARISCHES FEUILLETON

Brief aus China:

UNIVERSITÄTEN KRIEGSSCHAUPLÄTZE

Die neuesten Nachrichten aus China besagen, daß in Nanking Arbeiter und Studenten das Parteigebäude der Kuomintang gestürmt haben. Studenten waren es zum großen Teile, die die mit fliegenden Fahnen zur roten Armee übergelassenen Generalstruppen reif gemacht haben zum Klassenkampf. Unser Brief aus China soll uns über die Arbeit und den Kampf, über Opfer und Leiden der roten Studenten Chinas ein Bild geben.

menge um sie, und die Gelegenheit benutzte ein dritter Genosse, um rasch Flugblätter zu verteilen.

Den Mut und die Aktivität der Studenten erblickt man am besten aus den furchtbaren Ullterbrüdungsmaßnahmen, die gegen sie angewendet werden. Die Regierung hält den starken, noch immer entwachsenden Reichthum der Studenten für eine der größten Gefahren des Landes. Wie dagegen angefaßt wird, ist in Europa unvorstellbar. Mordelbst getötet wurden, erschossen, gefoltert, lebendig begraben oder zu Tode mißhandelt, wieweil die Gefängnisse füllen, wird streng geheimgehalten.

Die angelegten Kinder

Die deutsche Frau eines chinesischen Universitätsprofessors an der medizinischen Universität in ... erzählt mir: „Mein Mann hat so viel Zerber mit seinen Studenten, er fängt jedes Semester mit seinen Klassen an und hört mit der Hälfte Studenten auf, weil so viele verhaftet werden. Sie sind Kommunisten, und meist folgt man ihm gleich. Ich ihnen auch ganz recht; ich habe gehört, die Kommunisten wägen die reichen Kinder an Elfen her und sicher ihnen Dracht durch die Ohren.“ (Siehe die europäischen Kriegsblätter 1914.)

Ein kurzer Bericht über die Provinz Szechuan, der mir übereinstimmend von vielen Zeitungen und von privater Hand zugegangen ist, kann auf den weißen Terror in allen anderen Provinzen verallgemeinert werden. In Szechuan rekrutierten zwei Regimenter der Regierungstruppen und gingen zur roten Armee über. Daraufhin ordneten die Generale Chenchünlan und Tschanghwa eine Durchsuchung aller Universitäten und Mittelschulen der Provinz an. Die Verhaftung bedeutete auf Tod. Meist verhaftet man solche, bei denen man hofft, sie durch Folterung zum Bekenntnis zu bringen. Getötet wurden viele Studenten von der Szechuan-Universität, drei von der Mittelschule, zehn von der „Rechts-Hochschule“, zehn von der Hochschule für Sedimentation, zehn von der „Kunst-Hochschule“ u. a. m. In der Kunst-Hochschule wurde die Studentin Lin Chaohsien verhaftet, die bemerkte ihre Unschuld und weigerte sich mitzugehen, daraufhin wurde sie sofort vor dem Eingang der Schule gefoltert.

Dies sind alles Tatsachen, die bürgerliche chinesische Zeitungen veröffentlicht haben.

Der Kopf am Stadttor

Cho-Yung kam aus einer Bauernfamilie. Er war ein sehr begabter Student, ein glänzender Redner und Propagandist. Er unterbrach sein Studium und organisierte die Bauern in der Gegend umher zum Kampfe gegen hohe Steuern und Leuten, gegen die Unterdrückung von Seiten der Generale und Grogardnen. Er war ein rühmlicher, fröhlicher Krieger, der mit dem Verstande und den Händen arbeitete. Die Bauern liebten ihn, die reichen Gutsbesitzer verachteten ihn, aber erwiderten ihm nie, bis schließlich ein ganzes Heer von Polizisten und Soldaten auf ihn losgelassen wurde. Aus Angst, daß er wieder entkommen könnte, wollte man ihn sofort töten. Er war 25 Jahre alt. Während man ihm die Hände an den Rücken zusammenband, hielt er eine Anrede für den Sieg des Kommunismus, bis das Weil auf ihn niederlachte. Sein Kopf wurde vier Wochen an den Provinzstadttoren aufgehängt. Eine Woche am Stadttor, dann am Ost-, Nord- und Westtor zur Abfertigung. Vier Wochen gegen Bauern in Scharen durch die Tore, um ihn zu ehren.

Eine Studentin in Peking wurde gegen ihren Willen ganz jung vom Vater an einen reichen Mann verheiratet. Sie verließ ihn und die Familie, sie erhielt sich selbst und kubierte dabei. Sie wurde Kommunistin und war mit 24 Jahren Führerin der Frauenabteilung der Partei. Sie war sehr wertvoll und klug. Wie man sie verheiratete, folterte man sie drei Monate lang und häuete sie dann auf. Sie starb, ohne daß ein Wort über ihre Lippen gekommen war.

Schöpfung und Bewunderung den chinesischen Studenten!
Der Zukunftsbede kann sie auf Demonstrationen sehen, wie sie sich unheimlich treffen. Wüßig spielt es, und sie kommen aus allen Straßen. Sie formieren einen Zug, sie werfen Flugblätter in die Luft, ein kleiner Student in dunkelblauer Seiden-Jung, wie ihn die Kulis tragen, ruft: „Hoch die Kommunistische Partei!“ Da hält ihn ein Polizist mit dem Holznippel aus der Reihe und führt ihn unter harter Bedeckung die Nacht am Genid, den ganzen Demonstrationsszug entlang zur Abfertigung für andere. Der kleine verheiratete Student wird mit einem Schein blauer, der Verhaftung bedeutet seinen Tod. Ich er sah ihn einmal. „Ist er ganz noch da man ihn?“

Verantwortlich: Alfred Gensch, Berlin.

Illegalität lebt. Die Studenten sind zum Teil in andersartigen revolutionären Organisationen tätig. Die „Kulturliga“ ist die Dachorganisation. Sie zerfällt in die „Liga für Sozialwissenschaft“, „Liga literarischer Schriftsteller“, „Kunstklub“ und „Theaterliga“. Diese Namen bedeuten nicht, daß die Studenten sich mit schönen Künsten oder nur mit theoretischer Arbeit beschäftigen. Die Namen sind nur ihrer Unschuld wegen gewählt worden und wechseln häufig. Die Kulturliga gibt eine zentrale Zeitschrift mit ständig wechselnden Namen heraus. Die Studenten stehen in engem Kontakt mit Arbeitern und Bauern. Auch die Lager der roten Armeen in den Provinzen Hunan, Szechuan und Kiangsi sind durchsetzt mit sympathisierenden Studenten, die Kulturarbeit unter den Soldaten leisten.

Rote Studenten als Streikführer

Der vor drei Monaten geführte Omnibusstreik der englischen Leinwandgesellschaft im Fremdenquartier Shanghais wurde von vier Studenten, die Omnibusfahrer gemordet waren, geleitet. Der Streik dauerte 26 Tage. Alle Konditionen, darunter 150 Jugendliche, streikten. Sie verloren, da die wehrfähigen Angehörigen der Firma und die Inspektoren, zum größten Teil Koreaner, ihnen in den Rücken fielen. Auch bei allen größeren Arbeiterstreiks — Shanghai hatte im September 1931 allein vierzig Streiks mit 17468 Tagen Arbeitsverlust — sind stets Studenten führend.

Die Arbeit der Kommunisten ist durch das Inkongruentum — 65 Pro. Chinesen können nicht schreiben und lesen — sehr erschwert, und Beschlungen, öffentliche Reden, lebende Zellenzeitungen vorbereitet die



Illegalität in dem ganzen Reich. Es ist erstaunlich, was die Genossen trotz schwerer Verfolgung wagen und erreichen. Vor drei Wochen gelang es der „Theaterliga“, in einem Räume, der 400 Zuschauer faßt, vor 1000 Arbeitern drei kurze Stücke zu spielen. Das erste Stück, das die imperialistische Rolle des Kaiserreiches zeigte, wurde von drei politisch ungeschulten Arbeitern nicht verstanden. Die anderen beiden Stücke, die sich mit dem Einfall Japans in die Mandchurien befaßten, wurden mit Begeisterung aufgenommen. Es gelang mit Mühe, die Arbeiter zurückzuhalten. Sie waren dabei, auf die Bühne zu springen und die Darsteller der Japaner und Kapitalisten zu verprügeln.

Eine Methode der Studenten, trotz aller Verfolgung Flugblätter auszugeben, sieht so aus: Zwei Genossen gehen auf die Straße und geraten in Streit. Sofort jammert sich eine Menschen-

Am 7. November 1905

erklärte die Genossin Rosa Luxemburg in einer öffentlichen Versammlung nach dem Bericht der Leipziger Volkszeitung:

„Sieg wird die russische Revolution, aber sollte sie nichts weiter erreichen, als die öde Tretmühle des bürgerlichen Parlamentarismus einzurichten? Nein. Das künftige Rußland wird das sozialistische Führungselement für ganz Europa werden.“

Die Geschichte hat die Worte Rosa Luxemburgs bestätigt. Die siegreiche russische Revolution ist Tatsache geworden. Tatsache der sozialistische Aufbau. Darüber erscheint jetzt ein umfassendes grundlegendes Werk des Genossen Remmele:

„Die Sowjetunion“ (Band I).

Preis: Ganzleinen 2,85 M. Bei allen Lichtbeuten erhältlich.

China hat 250 000 Studenten in den Universitäten, Mittelschulen und Hochschulen des Landes. (Die Mittelschulen werden von den 18- bis 20jährigen besucht und gleichen den ersten Semestern an den deutschen Universitäten.) 12 Prozent der Studierenden sind Mädchen.

Die chinesischen Studenten spielen im politischen Leben eine ganz andere Rolle als die europäischen. Die kommunistischen Studenten Deutschlands sind gewiß aktiv, aber es handelt sich um eine geringe Zahl, die innerhalb der Partei und nach außen hin keine große Rolle spielen. Die nationalchinesischen Studenten sind zwar zahlenmäßig ernst zu nehmen, doch gewiß führende Aktivität besitzen sie auch nicht, nur ihr Maulbeisamtum ist unerreicht.

Chinas Studenten sind Revolutionäre. Es gibt ganz wenige, die politisch uninteressiert und nicht aktiv sind, niemand ist Anhänger der heutigen Regierung. Konfuziengläubigkeit und Kuomintangregierung werden von den sogenannten „returning students“, die in europäischen Ländern oder Amerika studiert haben und ausschließlich Söhne von wohlhabenden Kapitalisten sind, unterstützt.

Es sind nicht alle chinesischen Studenten streng organisierte Kommunisten. Dazu gehört in China weit größeres Feldentum als in Europa, weil auf die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei Todesstrafe steht; aber sie sind Sympathisierende. Und auch dazu gehört großer Mut, denn schon ein kommunistisch Verdächtigter, dem man Aktivität oder Mitgliedschaft in der Partei nicht nachweisen kann, erhält heute in China 6½ Jahre Gefängnis und das überleben chinesische Einzelketter in den seltensten Fällen.

Studenten aus Nord und Süd

Es gibt, groß gesprochen, zwei Studententypen, die sich aus ihrer sozialen Herkunft ergeben. Die Studenten aus dem Norden sind Söhne von Bauern. Um seinem Kinde das Universitätsstudium ermöglichen zu können, muß ein Bauer ungefähr 100 Yuan (600 Mark) Geld besitzen, und das bedeutet, daß er nicht reich ist, sondern das Geld mühsam unter Opfern aus dem Lande erwirbt. Die Beherrscher der Bauernprovinzen sind die Generale, die wüßig hohe Steuern und unerhörliche Mietsen den Bauern auferlegen, deren Soldaten plündernd durch das Land ziehen und den Bauern gewaltsam nehmen, was für sie sich selbst brauchen. Sie gehören zur Regierung Chinas und der Bauer haßt sie.

Der Student aus dem Süden kommt aus den Industriezentren. Er ist meistens Kaufmanns- oder Fabrikantensohn. Es besteht keine Verbindung zwischen ihm und der Armut der Städte, in denen er aufwächst, wie sie zwischen dem Sohn des selbst reich zehenden Bauern und den Armen des Dorfes vorhanden ist. Der hübschliche Student ist meist im Studium und in der politischen Arbeit nicht sehr ernst zu nehmen.

Sozialwissenschaftliche Bücher sind bei weitem am meisten gelesen. Sehr viel revolutionäre Literatur ist ins Chinesische überetzt. Sie erscheint illegal und die Studenten haben sich die verbotenen Bücher in Umhänge offizieller chinesischer Schulbücher. Die großen amerikanischen und englischen Buchhändler in Shanghai führen ein so komplettes und großes Lager revolutionärer Literatur, wie es in ihrem Heimatlande nicht zu sehen ist. Was für materielle Opfer die Studenten oft bringen, um sich ausländische revolutionäre Literatur zu kaufen, ist unbeschreiblich. Man gewinnt vielleicht eine Vorstellung davon, wenn man weiß, daß der chinesische Student im Durchschnitt von 300 Mark jährlich, das sind 25 Mark monatlich, lebt.

Nieder mit dem japanischen Imperialismus!

Während der letzten Monate sind die Studenten sehr stark an der antijapanischen Bewegung, die mit dem Einfall der Japaner in die Mandchurien begann, beteiligt. Ihre Forderungen und Aktionen sind weit radikaler als die der sürgeligen Antijapaner Chinas. Im Oktober fand in Nanking eine Demonstration von 20 000 Studenten statt, die 76 verschiedene Institute vertraten. Sie marschierten vor das Regierungsgebäude, verlangten Abgangsfähigkeit zu sprechen und eine Delegation setzte ihm hohen Forderungen vor, von denen die wichtigsten waren: Weglassung der Volksmassenbewegung und Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion.

Am 28. Oktober führten mehrere Tausend Studenten von Shanghai nach Nanking. Dort demonstrierten über 8000 Studenten. Eine Abordnung drang schließlich in die Räume des Außenministers C. T. Wang ein und verprügelte ihn, aus Wut über seine unfähigen, schwachen Maßnahmen gegen Japan. Der Außenminister dankte darauf ab.) Kleindemonstrationen von Studenten nach Nanking und Peking wiederholten sich fast wöchentlich unter den Parolen: „Nieder mit dem japanischen Imperialismus!“ und der Forderung, die Studenten zu befreien. Wut der Regierung hielt sich vor der Bewaffnung allzu vieler Studenten mit der Begründung, daß die Studenten selber sehr undiszipliniert seien, keineswegs regierungstreu und daß man nicht weiß, gegen wen sie die Waffen wenden würden.

Wieweil Studenten in der kommunistischen Partei organisiert sind, ist natürlich nicht festzustellen, da die Partei in schriftlicher